

Sonderausgabe



# FIGU ZEITZEICHEN



**Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse**

Erscheinungsweise:  
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

8. Jahrgang  
Nr. 25 August/4 2022

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

### Art. 19 Menschenrechte

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

\*\*\*\*\*

**Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.**

\*\*\*\*\*

## «Ein bedauerliches Opfer von Fehlinformationen»

Am 14. August 2022 wurde ein Auszug aus dem 816. offiziellen Kontakt zwischen Billy und Quetzal via e-Post an die Abgeordneten des deutschen Bundestages und an verschiedene Regierungsstellen geschickt. Am 15. August 2022 kam die folgende Antwort der Abgeordneten Christina-Johanne Schröder, geboren am 6. Dezember 1983, Partei «Bündnis90/Die Grünen» zurück.

Auch mir tut es leid oder sogar körperlich weh, solche Antworten zu lesen, die einem ziemlich direkt suggerieren wollen, wie dumm man doch ist, wobei die Adressatin selbst einem riesigen Fake aufgesessen ist, was sie aber in ihrem eigenen Nicht-Denken (= Dummheit) nicht zu erkennen vermag. Schlussfolgerung: Wo kein eigenes Denken gegeben ist, ist die Dummheit logischerweise grenzenlos.

Achim ..., Deutschland

**Von:** Achim ...

**Gesendet:** Sonntag, 14. August 2022 18:

**An:** Achim ...

**Betreff:** Irgendwie existiert bei den Selenskygläubigen etwas wie eine Erotomanie, folglich nicht mehr klar gedacht werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der Anlage finden Sie einen neuen Gesprächsauszug zum Ukraine-Krieg, mit der Bitte um aufmerksames Lesen.

Ein Auszug daraus folgt unten.

Mit freundlichen

Grüssen

Achim ...

## **Irgendwie existiert bei den Selenskygläubigen etwas wie eine Erotomanie, folglich nicht mehr klar gedacht werden kann.**

Ein Krieg bringt es immer mit sich, dass die Preise für alle Güter verantwortungslos hochgetrieben werden, obwohl dies nur gierige Geldmacherei ist und diverse Bonzen Reichtum in Massen scheffeln können. Die Preiserhöhungen – das weiss ich schon seit meiner Jugendzeit und vom letzten Weltkrieg her – sind nur Mittel zum Zweck, der Kriegsmaterialbeschaffung heisst. So dient jedes Lebensmittel oder Gut, das teuer gekauft wird, nur der Finanzierung des Krieges. Doch darüber noch mehr zu reden, bringt wohl nichts, denn die Wahrheit will nicht gesehen, geschweige denn wirklich gehört und gewusst werden. Irgendwie existiert bei den Selenskygläubigen etwas wie eine Erotomanie, folglich nicht mehr klar gedacht werden kann. Selensky wirkt auf viele Menschen, wenn er im Fernsehen gross «predigt» und nach Waffen heischt, wie eine lebende heilige Erscheinung, ein Götzenbild. Alles ist aber nur eine Illusion, die einer Pareidolie gleicht, die wahrheitlich nur ein Trugbild ist und zerplatzt, sobald die Wirklichkeit erkannt wird. Und das ist eine Tatsache, die ich geomantisch anbringen kann, weil früher oder später für viele Menschen die Wahrheit erkennbar werden wird. Selensky ist gierig auf seine Macht und auf die Kontrolle über die Menschen ausgerichtet, zudem verwirrtreligiös, denn dies bedeutet für ihn nicht nur Selbstbefriedigung wie auch Geld, das er dadurch gewinnt und sich bereichern kann. Er wird weitem als NAZI bezeichnet, und das ist wahrlich kein Wunder, denn seine schleimige Art wie er im Fernsehen auftritt und nach Waffen bittet, lässt in mir Erinnerungen des letzten Weltkrieges aufkommen. Dass er dabei in den eigenen Reihen Hass gegen sich erzeugt und Feinde schafft, die ihm bei passender Gelegenheit an die Gurgel wollen, das bemerkt er nicht. Er lässt die Menschen seines Landes gegen die Russen kämpfen und sie buchstäblich um seiner Machtgier willen elend krepieren. Er selbst ist offenbar so dumm, dass er nicht im Leisesten bemerkt, dass ihn die USA-Mächtigen als Mittel zum Zweck benutzen, der einzig dazu dient, Amerikas Hegemoniewahn zu unterstützen. Das merken aber auch alle jene Dumm-Dämlichen nicht, die Waffen an Selensky liefern oder mit Sanktionen Russland zur Sau machen wollen. Dazu gehört schändlicherweise auch die Schweiz, da gewisse dumm-dämliche und völlig verantwortungslose Elemente der Schweizerregierung – die gar die alte Neutralität vollständig aufzugeben gewillt sind, und zwar unter dem Deckmantel einer «Kooperativen Neutralität», die letztendlich zur Europadiktatur und zur NATO gehört – die keinerlei Ahnung davon haben, was Neutralität wirklich bedeutet und ist. Aber Reden ist ja sinnlos, denn solche dämlichen Elemente lassen sich durch die Wahrheit nicht belehren, weil sie eben nicht nur bohnenstrohdumm und grössenwahnsinnig sind, sondern auch selbstherrlich, religiös und grenzenlos machtbesessen.

**Gesendet:** Montag, 15. August 2022 um 08:38 Uhr <christina-johanne.schroeder@bundestag.de>

**Von:** "Büro Christina-Johanne Schröder"

**An:** "Achim ... (Familienname und Anschrift werden von Billy bewusst nicht genannt)

**von**

**Betreff:** AW: Irgendwie existiert bei den Selenskygläubigen etwas wie eine Erotomanie, folglich nicht mehr klar gedacht werden kann.

Sehr geehrter Herr Achim ...,

bedauerlicherweise scheinen Sie Opfer von Fehlinformationen geworden zu sein. Das tut uns leid, denn wir wissen, wie belastend das für Sie und Ihre Mitmenschen ist.

Auf der Seite der Bundeszentrale für Politische Bildung können Sie sich umfassend darüber informieren, wie Fakenews funktionieren und wie man die Seriosität einer Quelle prüft.

<https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/stopfakenews/>

<https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/stopfakenews/>

Mit freundlichen Grüßen

Christina-Johanne Schröder

Mitglied des Deutschen Bundestages,

Sprecherin für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Platz der Republik 11011 Berlin

Telefon Büro Berlin: 030 272 74184  
Telefon Wahlkreisbüro: 01511 7853935

<https://www.cjschroeder.de/>  
[https://twitter.com/cj\\_schroeder](https://twitter.com/cj_schroeder)  
[https://instagram.com/cijay\\_schroeder](https://instagram.com/cijay_schroeder)



(Bild vom Autor eingefügt; Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Christina-Johanne\\_Schr%C3%B6der](https://de.wikipedia.org/wiki/Christina-Johanne_Schr%C3%B6der))

### **Kommentar**

Es ist wirklich sehr bedauerlich, dass viele Politikpersonen sich so weit von aller Vernunft entfernt haben dass sie in ihrer Dummheit resp. in ihrem Nichtdenkenkönnen nicht erkennen, was eigentlich in der Welt gespielt wird. Nur sehr wenige erkennen die wirkliche Wahrheit, denn das Gros lässt sich von all den Lügen der USA blenden, die seit alters her hegemonisch veranlagt sind und also nach der Weltherrschaft streben, wie dies eben Amerika seit alters her eigen ist. Alle der Dummheit und Dämlichkeit verfallenen Elemente der Politiker und Bevölkerung – **dabei muss klar sein, dass nicht jene Politiker und Bevölkerungsteile beiderlei Geschlechts angesprochen sind, die selbst denken, entscheiden und handeln können, die das Denken gelernt haben und auch anwenden** – können weder sehen hören noch verstehen, was Wirklichkeit und was Fiktion ist. Dies erweist sich einmal mehr in vorgehendem Antwortschreiben von Christina-Johanne-Schröder an Achim ..., was als Geschreibsel nicht dumm und dämlicher sein kann und beweist, dass von realem Denken und Entscheiden nicht eine Spur vorhanden ist und folglich nicht erkannt werden kann, was wirklich los ist auf dieser Welt. Folgedem wird weder erkannt, dass Selensky ein Kriegsverbrecher ohnegleichen ist und bedenkenlos sein Militär in den unsinnigen Krieg schickt und es erschiessen oder sonstwie sterben lässt, während er in Sicherheit sein grosses Mundwerk führt, am Fernsehen um Waffen bettelt, lügt und die Welt zum Narren hält und betrügt, während er sich von Amerika dafür aushalten lässt und nach dem spurt, was von ihm gewollt wird. Da fragt sich effectiv, warum Dummheit und Dämlichkeit nicht weh tun und wie ein Mensch so blöd sein kann und noch behauptet, dass die effective Wahrheit nichts als Fakenews seien, wie Christine-Johanne-Schröder schreibt, die offenbar viel zu jung und zu unerfahren ist. um die Schliche der Welt zu erkennen und zu verstehen, geschweige denn, dass sie die Wahrheit zu erkennen vermag. Sie gehört offenbar zu jenen Menschen, die erst dann erwachen, wenn es um sie herum knallt und raucht, sie Schaden erleidet und nichts mehr tun kann, um das Böse noch abzuwenden, besonders das, was Amerika will und deshalb den Krieg in der Ukraine durch ihren Hörigen, ihren Lakaien Selensky, durch Waffenlieferungen aus den USA und anderen fremden Ländern so lange wie möglich in die Länge ziehen lässt. Die Selenskyfreundschaft und Amerikafreundschaft werden noch böse Folgen zeitigen und weit in die Zukunft beweisen, dass diese noch unerfreuliche Folgen bringen werden. Heulen und Zähneklappern werden früher oder später kommen, wenn nicht endlich Amerika mit seiner NATO in die Schranken gewiesen wird, die selbsternannten USA ihre Weltpolizeiallüren ebenso aufgibt wie den Hegemoniewahn. So, wie aber auch die mörderischen US-Militärs und die Mörderorganisation NATO aufgelöst werden müssen, durch die seit Weltkriegsende 1945 bei allen US-Militäreingriffen rund um die Welt Folter und sonstiges Unheil und Menschenverachtendes geschehen ist, wie auch in Guantanamo Bay. So haben die Militärs in aller Welt gewütet, wie damals als der 2. Weltkrieg tobte und die Kriegsgräuel geschahen, eben auch von den Amis und also nicht nur von den Militärs des 3. Reiches. Zu sagen ist aber auch, dass Russland nicht in den Himmel gehoben werden kann, denn es ist rundum dasselbe zu beanstanden, wozu speziell zu sagen ist, dass jeder Krieg ein Verbrechen am Leben ist, und

zwar welche Begründung auch immer dafür gegeben wird, dass ein Krieg begonnen wurde oder wird. Wahrlich gibt es niemals eine Entschuldigung für einen Krieg, für das Morden von Menschen und für die Vernichtung und Zerstörung von menschlich erschaffenen Errungenschaften, wie auch nicht für das Zerstören der Natur und das sinnlose Töten und Ausrotten von irgendwelchen Lebensformen und Pflanzen usw. Aber genau das geschieht auch durch die Überbevölkerung. Und zwar geschieht dies indem durch deren direkten und indirekten Machenschaften die Natur zerstört und vernichtet und Umweltverschmutzung betrieben wird, wie auch durch das Atmen des Menschen resp. der Überbevölkerung Unmengen von CO<sub>2</sub> die Atmosphäre und damit die Luft beeinträchtigt wird und den Klimawandel auslöst. Es sind also nicht nur die CO<sub>2</sub>-Schleudern, die alles verpesten und die Strassen unsicher machen, wie auch der Umweltschmutz und Gifte aller Art, die viel Leben krank und sterbend machen, sondern hauptsächlich der Mensch selbst mit seiner ungeheuren Masse – die nicht nur 8 Milliarden, wie die Weltzähluhr angibt –, sondern bereits 9,2 Milliarden beträgt. Davon schreien die Umweltschutzfreaks aber nichts herum, sondern sie machen nur Terror, denken nichts und rufen wegen der Umweltverschmutzung aus, anstatt das ganze Übel zu nennen, das an allem die Schuld trägt – nämlich die Überbevölkerung. Diese muss auf ein Minimum von 1,5 Milliarden reduziert und maximal bei dieser Masse gehalten werden, und zwar sehr schnell, wenn noch etwas gerettet werden soll. Eine weltweite Geburtenkontrolle und ein wohlbedachter vorgehender Geburtenstopp für eine bestimmte Zeit ist die einzige Lösung, wenn nicht eine weltweite Seuche macht, dass der Erdling endlich Logik, Verstand und Vernunft findet und selbst das regelt, was geregelt werden muss.

Billy

## Die NATO lernt nichts und vergisst nichts

*uncut-news.ch, August 16, 2022*



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg scheint nicht in der Lage zu sein, sich von seinen gefährlichen Wahnvorstellungen zu befreien.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hielt kürzlich eine Rede vor dem Sommerlager der Arbeiterjugendliga (AUF) auf Utøya, Norwegen. Die AUF ist die grösste politische Jugendorganisation Norwegens und gehört der norwegischen Arbeiterpartei an. Das AUF-Sommerlager ist bekannt für den schrecklichen Terroranschlag, den der Neonazi Anders Breivik 2011 verübt hat.

Stoltenberg sagte wenig Bemerkenswertes. Dennoch war seine Rede ein bemerkenswerter Beweis dafür, wie wenig die NATO aus den dramatischen Ereignissen dieses Jahres gelernt hat. Auf dem europäischen Kontinent findet ein ernster militärischer Konflikt statt, zu dessen Auslösung die NATO massgeblich beigetragen hat, weil sie unbeirrt darauf beharrt, möglichst viele Länder in Europa, Zentralasien und darüber hinaus in ihr militärisches System aufzunehmen, ohne Rücksicht auf die Sicherheitsbelange anderer.

Der Krieg in der Ukraine ist im Übrigen der zweite grosse Konflikt, der innerhalb der letzten 25 Jahre auf dem europäischen Kontinent ausgebrochen ist. Beide Konflikte sind untrennbar mit zwei Verpflichtungen der NATO verbunden: Erstens mit der grenzenlosen Expansion und zweitens mit der endgültigen Beseitigung von Russlands Präsenz und Einfluss in Westeuropa. Der Krieg in der Ukraine wurde durch die erste Verpflichtung ausgelöst, die Bombardierung Jugoslawiens 1999 durch die zweite.

### **Die Bombardierung Jugoslawiens ist in Vergessenheit geraten**

Stoltenberg ist das alles natürlich herzlich egal. An einer Stelle seiner Rede besass er sogar die Frechheit, über die Kämpfe in der Ukraine zu sprechen:

«Wir erleben Kriegshandlungen, Angriffe auf Zivilisten und Zerstörungen, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen haben. Das kann uns nicht gleichgültig sein.»

Das hat es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben? Stoltenberg hat, wie die meisten offiziellen Frontmänner für NATOland, offensichtlich die 11-wöchige Bombenkampagne der NATO gegen Jugoslawien vergessen, die ersten Bombenangriffe auf europäische Grossstädte seit Hitler.

#### **Zu den Gräueltaten der NATO gehören unter anderem:**

- Der Angriff auf einen Personenzug, der die Eisenbahnbrücke über den Fluss Južna Morava in der Grdelica-Schlucht überquerte, wobei 14 Menschen getötet wurden;
- der Angriff auf die Kolonne der vertriebenen Zivilisten auf einer 12 Meilen langen Strasse zwischen Decani und Djakovica im westlichen Kosovo, bei dem 73 Menschen getötet wurden;
- der Angriff auf das Belgrader Hauptquartier des serbischen Rundfunks, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen;
- der Angriff auf ein Wohngebiet in der südlichen Stadt Surdulica im Südosten Serbiens, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen;
- die Zerstörung eines Passagierbusses auf der Lužane-Brücke im Kosovo, bei der mindestens 23 Menschen ums Leben kamen;
- die Bombardierung des Marktes in Niš am Tag, bei der 15 Menschen getötet wurden;
- die Bombardierung des kosovo-albanischen Dorfes Koriša, bei der 87 Menschen ums Leben kamen;
- der Angriff auf das Krankenhaus Dragiša Mišovic in Belgrad, bei dem drei Menschen getötet wurden;
- der Anschlag auf die Brücke in Varvarin in Süd-Zentral-Serbien, bei dem drei Menschen getötet wurden;
- der Bombenanschlag auf ein Sanatorium und ein nahe gelegenes Altersheim in Surdilica, bei dem 17 Menschen getötet wurden;
- der Anschlag auf ein Wohnhaus in Novi Pazar im Südwesten Serbiens, bei dem 10 Menschen ums Leben kamen.

Die Liste liesse sich leicht verlängern. Der Punkt ist, dass die NATO nach wie vor in ihrer eigenen wahnhaften Welt lebt, in der ein mit Atomwaffen ausgestattetes Militärbündnis aus 30 Ländern rein «defensiv» ist und nicht im Traum daran denken würde, einer Fliege etwas anzutun.

#### **Länder (können ihren eigenen Weg wählen)**

Präsident Putin, behauptete Stoltenberg, «hat ein ganzes unschuldiges Land und Volk mit militärischer Gewalt angegriffen, um seine politischen Ziele zu erreichen. In Wirklichkeit stellt er damit die Weltordnung in Frage, an die wir glauben. In der alle Länder, ob gross oder klein, ihren eigenen Weg wählen können. Er erkennt die Souveränität anderer Länder nicht an.»

Es ist leicht – und gar nicht langweilig – alles aufzuzählen, was an dieser Aussage verwerflich ist. Die Ukraine ist nicht ganz «unschuldig»:

- Die derzeitige Regierung in Kiew kam 2014 durch einen gewaltsamen Putsch gegen eine legal gewählte Regierung an die Macht;
- Sie hat einen achtjährigen Krieg gegen die eigene Bevölkerung geführt, in dem etwa 13'000 (vielleicht auch mehr) Menschen getötet wurden;
- Sie hat eine Blockade gegen die Zivilbevölkerung des eigenen Landes verhängt;
- Sie hat sich geweigert, ein Friedensabkommen umzusetzen, das sie unterzeichnet hatte und das anschliessend vom UN-Sicherheitsrat in der Resolution 2202 (2015) angenommen wurde.

Was den Einsatz militärischer Gewalt zur «Erreichung politischer Ziele» betrifft, so hat die NATO dies in grossem Umfang getan. Die NATO hat 1995 die Serben in Bosnien bombardiert, um die Schaffung eines künstlichen Staates auf dem Balkan zu erreichen, der effektiv unter der Kontrolle der NATO stehen würde.

Da die NATO ihr angestrebtes Ziel, nämlich die Schaffung eines Einheitsstaates, nicht erreichen konnte, versucht sie seither, das Abkommen, das den Krieg beendete, zu untergraben.

Das Abkommen von Dayton aus dem Jahr 1995 schuf einen schwerfälligen Staat Bosnien und Herzegowina, der sich aus zwei lose miteinander verbundenen Einheiten zusammensetzte, der muslimisch-kroatischen Föderation und der Republika Srpska. Im Dayton-Abkommen war jedoch nicht die Rede von der Schaffung gemeinsamer bosnischer staatlicher Institutionen wie etwa einer nationalen Armee und schon gar nicht von einer möglichen NATO-Mitgliedschaft.

Dennoch haben die NATO-Mächte mehr als 25 Jahre lang so getan, als ob jedes Zögern der Bürger des Staates (vor allem der Serben) bei der Schaffung einer nationalen Armee und natürlich bei der Beantragung der NATO-Mitgliedschaft oder der Verwirklichung ihrer «euro-atlantischen Ambitionen», um den bevorzugten Jargon zu verwenden, eine Verletzung des Dayton-Abkommens sei. «Wir werden die secessionistische Politik der Republika Srpska, die die Zukunft Bosniens und Herzegowinas und die Stabilität in der Region gefährdet, nicht tolerieren», donnerten die demokratiebegeisterten G-7-Aussenminister in einer gemeinsamen Erklärung vom 14. Mai.

Auch bei der Bombardierung Jugoslawiens im Jahr 1999 setzte die NATO militärische Gewalt ein, um politische Ziele zu erreichen. Die NATO versuchte, die Regierung von Präsident Slobodan Milošević zu stürzen und Serbien die Provinz Kosovo abzunehmen. Diese Provinz steht ebenso wie Bosnien und Herzegowina

wieterhin unter effektiver NATO-Besatzung und beherbergt einen riesigen, brandneuen US-Militärstützpunkt in Europa, Camp Bondsteel.

### Die Invasion in Libyen

Die NATO setzte 2011 militärische Gewalt ein, als sie einen «unprovokierten» Bombenangriff auf Libyen startete, um den unabhängigen libyschen Staatschef Muammar Gaddafi loszuwerden, der dem Westen schon lange ein Dorn im Auge war.

Damals wurden von der NATO und den NATO-Regierungen die absurde Behauptung aufgestellt, dass nur ein längerer Bombenangriff die Einwohner von Benghazi vor einem «Völkermord» bewahren könne.

Ein späterer Bericht des britischen Unterhausausschusses für auswärtige Angelegenheiten, „Libya: Examination of Intervention and Collapse and the U.K.'s Future Policy Options“ (Untersuchung der Intervention und des Zusammenbruchs sowie der künftigen politischen Optionen Grossbritanniens) spottete über die Behauptungen, mit denen die NATO ihren Angriff rechtfertigte (siehe > LINK zu Artikel auf antikrieg.com).

Die Behauptung, dass Muammar Gaddafi das Massaker an der Zivilbevölkerung in Bengasi angeordnet habe, sei trotz seiner Rhetorik durch die vorliegenden Beweise nicht gestützt worden. Das Gaddafi-Regime hatte Anfang Februar 2011 Städte von den Rebellen zurückerobert, ohne Zivilisten anzugreifen. .... Darüber hinaus hat Muammar Gaddafi in seiner 40-jährigen Geschichte entsetzlicher Menschenrechtsverletzungen keine grossangelegten Angriffe auf libysche Zivilisten verübt.

Stoltenberg, der von einem unterwürfigen NATO-Pressekorps geschützt wird, kann sich darauf verlassen, dass er nie mit solch unangenehmen Tatsachen konfrontiert wird. Der Rest von Stoltenbergs Behauptungen waren die üblichen westlichen Klischees. «Weltordnung, an die wir glauben.» Wer ist das «wir»? Die meisten Länder der Welt, die sich der westlichen Sanktionskampagne gegen Russland ausdrücklich verweigert haben, gehören offensichtlich nicht zu den «wir».

Was das Recht der Länder anbelangt, «ihren eigenen Weg» zu wählen, so gilt dies im NATO-Jargon nur für Länder, die den von der NATO vorgegebenen Weg wählen. Serbien genoss dieses Recht in den 1990er Jahren sicherlich nicht. Die wahrheitsgetreueste Erklärung für die ausserordentliche Feindseligkeit der NATO gegenüber Jugoslawien in jenem Jahrzehnt, eine Feindseligkeit, die in einer brutalen Bombenkampagne gipfelte, kam direkt aus dem Mund des Präsidenten. John Norris, der ehemalige Kommunikationsdirektor von Strobe Talbott, dem stellvertretenden Aussenminister während der Clinton-Regierung, schrieb in seinem Buch Collision Course: NATO, Russland und Kosovo (2005):

«Nicht die Notlage der Kosovo-Albaner, sondern der Widerstand Jugoslawiens gegen umfassendere politische und wirtschaftliche Reformen erklärt am besten den Krieg der NATO. Milošević war der transatlantischen Gemeinschaft schon so lange ein Dorn im Auge, dass die Vereinigten Staaten der Meinung waren, er würde nur auf militärischen Druck reagieren. Slobodan Miloševićs wiederholte Übertretungen liefen der Vision eines «vollständigen und freien Europas» direkt zuwider und stellten den eigentlichen Wert des Fortbestands der NATO in Frage. ... Eben weil Milošević den Westen so geschickt ausmanövriert hatte, sah die NATO in der immer stärkeren Anwendung von Gewalt ihre einzige Option. ... Die NATO zog in den Kosovo-Krieg, weil ihre politischen und diplomatischen Führer genug von Milošević hatten und sahen, dass seine Aktionen die Pläne störten, eine grössere Zahl von Staaten in die transatlantische Gemeinschaft einzubinden.»

Das ist es: Es hat nichts mit dem Kosovo zu tun, sondern mit dem Widerstand gegen die Übernahme aller Territorien in Europa durch die NATO/EU. Das Serbien von heute hat übrigens genauso wenig das Recht, seinen eigenen Weg zu wählen, wie das Serbien der 1990er Jahre. Die serbische politische Führung, einschliesslich des serbischen Präsidenten Alexander Vucic, hat sich wiederholt zum Druck geäussert, dem sie von den NATO-Mächten ausgesetzt war, um sie dazu zu bringen, der Verhängung von Sanktionen gegen ihren langjährigen Freund und Verbündeten, Russland, zuzustimmen. Wäre Gaddafi nicht während der NATO-Bombardierung im Jahr 2011 ermordet worden, könnte er sich heute zweifellos ausführlich zur Frage des Rechts Libyens äussern, seinen eigenen Weg zu wählen.

Ein bedingungsloses Recht auf einen NATO-Beitritt – das Recht, den eigenen Weg zu wählen – wurde jedenfalls nie als grundlegende Determinante der nationalen Souveränität angesehen. Es gibt keinen Artikel in der UN-Charta, der besagt, dass jeder UN-Mitgliedstaat das Recht hat, jedem Militärbündnis seiner Wahl beizutreten, ohne Rücksicht auf die Sicherheitsbelange anderer UN-Mitgliedstaaten. Die Vereinigten Staaten erkennen dieses Recht gewiss nicht an, wie ihre jüngste wütende Reaktion auf die Nachricht zeigt, dass die Salomonen (die physisch nicht einmal in der Nähe der Vereinigten Staaten liegen) ein Sicherheitsabkommen mit China unterzeichnet haben, das dazu führen könnte, dass China auf den Inseln einen Militärstützpunkt errichtet.

### Die gefährlichen Wahnvorstellungen der NATO

Was an Stoltenberg besonders ärgerlich ist, sind nicht seine Klischees, sondern seine gefährlichen Wahnvorstellungen, ganz zu schweigen von seiner Verlogenheit. Man denke nur an seine Aussage über «Angriffe auf

Zivilisten und Zerstörungen, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat». Stoltenberg: «Auf dem NATO-Gipfel in Madrid vor etwas mehr als einem Monat waren sich alle NATO-Länder einig, dass wir sie (die Ukraine) so lange wie nötig unterstützen werden. Wir haben eine moralische Verantwortung, sie zu unterstützen. Es handelt sich um ein unabhängiges Land mit über 40 Millionen Einwohnern, das ungerechtfertigterweise einem brutalen Angriffskrieg ausgesetzt ist. Wir erleben Kriegshandlungen, Angriffe auf Zivilisten und Zerstörungen wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dies kann uns nicht gleichgültig sein.»

In dieser Erklärung wird der Eindruck erweckt, als habe sich die NATO als Reaktion auf das russische Vorgehen in der Ukraine engagiert und sei der Ukraine zu Hilfe geeilt. Die NATO, so will Stoltenberg glauben machen, kümmerte sich um ihre eigenen Angelegenheiten, als Russland seinen Angriff startete, und die NATO hatte im Einklang mit ihren «Werten» und humanitären Absichten keine andere Wahl, als sich einzumischen und der Ukraine zu helfen, sich gegen einen «unprovokierten» Angriff – das Lieblingswort der NATO-Propagandisten – zu verteidigen.

Dies ist nicht nur unwahr, sondern Stoltenberg selbst hat unzählige Male zugegeben, dass dies unwahr ist. Die NATO, so hat Stoltenberg immer wieder betont, hat die Streitkräfte der Ukraine mindestens seit 2014 bewaffnet und ausgebildet.

Am 27. Juni teilte Stoltenberg auf einer Pressekonferenz vor dem NATO-Gipfel in Madrid mit: «Die NATO und ihre Verbündeten haben die Ukraine seit der illegalen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 erheblich unterstützt. Unter anderem mit militärischer und finanzieller Hilfe. Und mit der Ausbildung von Zehntausenden ukrainischer Soldaten.»

Am folgenden Tag, dem 28. Juni, prahlte Stoltenberg während eines Dialogs über Klima und Sicherheit auf einem öffentlichen NATO-Forum: «Die NATO-Verbündeten haben die Ukraine seit 2014 unterstützt. Wir sind nicht erst im Februar 2022 aufgewacht. ... Die ukrainischen Streitkräfte sind im Jahr 2022 viel besser ausgerüstet, viel besser ausgebildet, viel grösser, viel besser geführt als im Jahr 2014. Nicht zuletzt wegen der Unterstützung, der Ausbildung, der Ausrüstung, die sie seit vielen Jahren von den NATO-Verbündeten erhalten haben. Es ist in erster Linie der Tapferkeit, dem Mut der Ukrainer zu verdanken, dass sie sich gegen die brutale russische Invasion behaupten konnten. Aber die Unterstützung, die sie ab 2014 erhalten haben, war natürlich auch von entscheidender Bedeutung.»

«Die NATO-Bündnispartner und die NATO sind seit 2014 da – sie haben die ukrainischen Streitkräfte ausgebildet, ausgerüstet und unterstützt», sagte Stoltenberg am 13. Juli vor dem Europäischen Parlament.

### Das NATO-Ukraine-Schema

Mit anderen Worten: Stoltenberg hat ohne Umschweife bestätigt, was die Russen seit Jahren behauptet haben. Die NATO verwandelte die Ukraine in einen bewaffneten, feindlichen Militärstützpunkt an der russischen Grenze, und das zu einem Zeitpunkt, an dem nicht nur die Ukraine das Minsker Abkommen von 2015 umsetzen sollte, sondern auch die NATO-Schlüsselmächte Deutschland und Frankreich dafür sorgen sollten, dass die Ukraine dieses Abkommen tatsächlich umsetzt. Die Minsker Vereinbarungen, die von der Regierung in Kiew und den Vertretern der Bevölkerung des Donbass unterzeichnet wurden, sahen eine schrittweise Wiedereingliederung des Donbass in die Ukraine vor. Als Teil des schrittweisen Prozesses der Reintegration sollte die ukrainische Verfassung geändert werden, um bestimmten Gebieten in Donezk und Luhansk einen «Sonderstatus» zu verleihen.

Nichts davon hat jemals stattgefunden, wie die Russen wiederholt betonten. Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko, der die Minsker Vereinbarungen im Namen der Ukraine unterzeichnete, gab kürzlich zu, dass er nie die Absicht hatte, die Bedingungen der Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. Sein Ziel bei der Unterzeichnung des Abkommens sei es gewesen, Zeit zu gewinnen, damit die Ukraine ein «starkes Militär» aufbauen könne. «Was ist das Ergebnis des Minsker Abkommens?», fragte er. «Wir haben acht Jahre gewonnen, um eine Armee aufzubauen. Wir gewinnen acht Jahre, um die Wirtschaft wieder aufzubauen.»

Wie Stoltenberg zugibt, hat die NATO bei dem Plan der ukrainischen Regierung, so zu tun, als sei sie an der Umsetzung des Minsker Abkommens interessiert, während sie sich in Wirklichkeit auf einen Krieg vorbereitet, fröhlich mitgespielt. Auch die NATO-Mächte – insbesondere Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten – spielten bei diesem Theater mit, indem sie fromm vorgaben, an der Umsetzung von Minsk interessiert zu sein, während sie Russland (das keine Vertragspartei von Minsk war – wie Frankreich und Deutschland war es ein Garant) für sein angebliches Versagen bei der Umsetzung von Minsk streng verurteilten. Während dieser acht Jahre rüsteten dieselben NATO-Mächte die Ukraine weiter auf und ermutigten sie gleichzeitig stillschweigend dazu, sich darauf vorzubereiten, das Problem des Donbass mit Gewalt zu lösen (was einen klaren Verstoss gegen Minsk darstellt). Und wie die NATO sehr wohl wusste, würde Russland im Falle eines bewaffneten Angriffs der Kiewer Regierung gegen die ethnischen Russen im Donbass auf keinen Fall tatenlos zusehen. Mit anderen Worten: Acht Jahre lang bereitete die NATO die Ukraine auf einen Krieg gegen Russland vor, von dem sie wusste, dass er kommen würde.

Die NATO ermutigte die Ukraine nicht nur, ihr Donbass-Problem mit Gewalt zu lösen, sondern versuchte auch, die Ukraine in das Bündnis zu holen. Dieses Ziel verfolgte die NATO mit Nachdruck. Die Frage, ob die Ukraine de jure oder de facto Mitglied der NATO werden würde, war zweitrangig. Was zählte, war der Schlag, den die Aufnahme der Ukraine in die NATO den Grossmächtsansprüchen Russlands versetzen würde. Die NATO hatte sich eindeutig die Überlegungen des ehemaligen nationalen Sicherheitsberaters der Vereinigten Staaten, Zbigniew Brzezinski, zu eigen gemacht, der in seinem Klassiker *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* (1997) die Bedeutung der Ukraine für jede Hoffnung Russlands, eine Grossmacht zu bleiben, erläutert hatte:

«Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. Ohne die Ukraine kann Russland zwar immer noch den Status eines Imperiums anstreben, aber es würde dann zu einem vorwiegend asiatischen imperialen Staat werden, der mit grösserer Wahrscheinlichkeit in schwächende Konflikte mit den erregten Zentralasiaten hineingezogen würde, die dann über den Verlust ihrer jüngsten Unabhängigkeit verärgert wären und von ihren islamischen Nachbarn im Süden unterstützt würden. Auch China würde sich angesichts seines zunehmenden Interesses an den neuen unabhängigen Staaten in Zentralasien wahrscheinlich gegen eine Wiederherstellung der russischen Vorherrschaft über Zentralasien wenden. Wenn Moskau jedoch die Kontrolle über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Einwohnern und wichtigen Ressourcen sowie ihren Zugang zum Schwarzen Meer wiedererlangt, hat Russland automatisch wieder die Möglichkeit, ein mächtiger imperialer Staat zu werden, der sich über Europa und Asien erstreckt.»

Genau deshalb war die Ukraine für die NATO so wichtig, und deshalb hat die NATO auf dem Bukarester Gipfel 2008 zugesagt, dass die Ukraine (und Georgien) Mitglieder werden würden, und darum hat die NATO diese Zusage seitdem immer wieder wiederholt, auch auf dem Madrider Gipfel im Juni. Das Problem war, dass weder die Ukraine noch Georgien auch nur im Entferntesten für eine NATO-Mitgliedschaft in Frage kamen – und die NATO wusste das sehr wohl. Das Problem war nicht die Korruption oder der Mangel an Demokratie – die NATO hat im Laufe der Jahre reichlich Erfahrung darin gesammelt, über solche Verfehlungen hinwegzusehen. Das Problem bestand darin, dass ein Beitrittskandidat, um sich für die NATO-Mitgliedschaft zu qualifizieren, alle noch offenen Konflikte in seinem Hoheitsgebiet beigelegt haben musste, und zwar ausschliesslich mit friedlichen Mitteln. In der 1995 veröffentlichten Studie der NATO über die Erweiterung heisst es dazu:

«Staaten, die ethnische Streitigkeiten oder externe territoriale Streitigkeiten, einschliesslich irredentistischer Ansprüche, oder interne Zuständigkeitsstreitigkeiten haben, müssen diese Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln in Übereinstimmung mit den OSZE-Prinzipien beigelegen. Die Beilegung solcher Streitigkeiten wäre ein Faktor bei der Entscheidung, ob ein Staat zum Beitritt zum Bündnis eingeladen wird.»

Gemäss dem NATO-Aktionsplan zur Mitgliedschaft mussten sich alle NATO-Beitrittskandidaten verpflichten, ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beigelegen (und) ethnische Streitigkeiten oder externe territoriale Streitigkeiten, einschliesslich irredentistischer Ansprüche oder interner Zuständigkeitsstreitigkeiten, mit friedlichen Mitteln im Einklang mit den OSZE-Prinzipien beigelegen und gutnachbarliche Beziehungen zu pflegen.

Dies waren die eigenen Regeln der NATO, und sie schlossen Georgien offensichtlich von der Mitgliedschaft aus, als die NATO in Bukarest ihre verhängnisvolle Erklärung abgab, dass die Ukraine und Georgien «Mitglieder der NATO werden». Georgien war in seinem Hoheitsgebiet in zwei schwere Konflikte verwickelt: In Abchasien und Südossetien. Innerhalb von vier Monaten nach der Bukarester Erklärung der NATO brach in Georgien ein Krieg aus, als der georgische Präsident Micheil Saakaschwili, bestärkt durch die Zusage der NATO, seine separatistischen Probleme mit den beiden abtrünnigen Regionen ein für alle Mal zu lösen versuchte.

Die Ukraine hatte das gleiche Problem. Seit 2014 und dem Beginn des Krieges Kiews gegen die abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk konnte man nicht mehr behaupten, dass die Ukraine die Anforderung der NATO erfüllt, wonach angehende Mitgliedstaaten alle territorialen und ethnischen Streitigkeiten friedlich beigelegen müssen, bevor ihre Mitgliedschaft in Betracht gezogen werden kann. Nichtsdestoweniger wiederholte die NATO Jahr für Jahr, dass die Ukraine und Georgien Mitglieder der NATO sein werden, obwohl keiner der beiden Staaten auch nur annähernd die von der NATO selbst verkündeten Anforderungen erfüllte.

### Die Spielregeln der NATO

Stoltenberg ist – wie wahrscheinlich die meisten Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder – davon überzeugt, dass die von der NATO aufgestellten Spielregeln von allen anderen akzeptiert und befolgt werden müssen. Nach Ansicht der westlichen Staats- und Regierungschefs kann die NATO jede beliebige Menge tödlicher militärischer Ausrüstung an die Ukraine liefern, der Ukraine militärische Ausbildung anbieten, der Ukraine nachrichtendienstliche Informationen zum Zwecke der Bekämpfung der Russen und ihrer Verbündeten zur Verfügung stellen, sich aktiv an allen Aspekten der Entscheidungen der Ukraine über militärische Ziele beteiligen und dennoch irgendwie nicht Partei des Konflikts sein. Die Kasuistik der NATO ist ebenso lächerlich wie töricht.



In seiner Sommerkampfredede erklärte Stoltenberg: «In diesem Konflikt hat die NATO zwei Aufgaben. Die Ukraine zu unterstützen. Und sie muss verhindern, dass sich der Konflikt zu einem ausgewachsenen Krieg zwischen der NATO und Russland ausweitet.» Ein unbedarfter Beobachter könnte zu dem Schluss kommen, dass diese beiden Aufgaben nicht miteinander vereinbar sind. Je mehr man der Ukraine hilft, desto wahrscheinlicher wird «ein umfassender Krieg zwischen der NATO und Russland». Je mehr die NATO die Sache der Ukraine als ihre eigene identifiziert, desto wahrscheinlicher ist es, dass Russland die NATO als Kombattanten ins Visier nehmen wird. Nicht in der bizarren Welt, in der Stoltenberg lebt: «Die zweite Aufgabe der NATO besteht darin, die Ausweitung des Krieges zu verhindern. Das tun wir, indem wir uns nicht an dem Krieg beteiligen – wir werden nicht mit Truppen in die Ukraine einmarschieren. Wir tun es auch, indem wir deutlich zeigen, dass ein Angriff auf ein NATO-Land eine Reaktion der gesamten NATO auslösen wird.» Das ist also die Einbildung der NATO: Die NATO ist keine «Kriegspartei», weil sie keine «Truppen» in der Ukraine hat. Ja, es stimmt, dass die NATO-Staaten der Ukraine ausserordentliche Mengen an Waffen im Wert von Milliarden von Dollar zur Verfügung gestellt haben: schultergestützte MANPAD-Systeme, Harpoon-Schiffsabwehrraketen, Flugabwehrraketen, Stinger-Raketen, Panzer, gepanzerte Mannschaftstransporter, Kampfhubschrauber, Haubitzen, Mehrfachraketen, hochmobile Artillerieraketensysteme, Drohnen und Panzerabwehrraketen, um nur einige zu nennen. Ja, es stimmt auch, dass NATO-Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika der Ukraine taktische Informationen zur Verfügung gestellt haben, die es ihr ermöglichten, Russen ins Visier zu nehmen und zu töten. Aber keine Sorge, beruhigt uns Stoltenberg, denn es gibt keine NATO-«Truppen» vor Ort in der Ukraine. Die NATO ist also im Wesentlichen ein Zuschauer und kein Kombattant.

### Stoltenbergs Spitzfindigkeiten

Stoltenberg betreibt diese trügerische Sophisterei nun schon seit Monaten und führt damit die Öffentlichkeit ernsthaft in die Irre, was die ernste Gefahr angeht, dass die NATO eine bewaffnete Konfrontation mit einer atomaren Supermacht provoziert. Stoltenbergs Argumentation ist auf vielen Ebenen wahnhaft. Zunächst einmal müssen wir ihm glauben, dass es keine NATO-«Truppen» in der Ukraine gibt. Wir wissen, dass es in der Ukraine Militärberater und Ausbilder der NATO gibt. Wir wissen nicht, wie viele es sind, aber die Zahl dürfte ziemlich hoch sein. Das Engagement der Vereinigten Staaten in Vietnam begann ebenfalls mit Beratern und Ausbildern – mit anderen Worten: Mit US-Militärpersonal. Die Vorstellung, dass die USA erst dann in den Konflikt in Vietnam verwickelt waren, als LBJ einen umfassenden Militäreinsatz anordnete, wäre in den frühen 1960er Jahren zu absurd gewesen, um sie ernsthaft zu behaupten.

Stoltenberg erwartet offensichtlich, dass alle in der Welt – und insbesondere die Russen – die von ihm definierten Spielregeln akzeptieren: Da es angeblich keine NATO-«Truppen» vor Ort in der Ukraine gibt, ist die NATO kein Kombattant in der Ukraine. Aus dieser Regel ergibt sich nach Stoltenbergs Auffassung eine 2. Regel: Da die NATO kein Kombattant in der Ukraine ist, würde jeder Angriff Russlands auf eine NATO-Macht, die friedlich und defensiv an der Lieferung von Militärgütern an die Ukraine beteiligt ist, von der NATO als unprovokierte Aggression gegen einen Mitgliedsstaat betrachtet werden. Und natürlich ist nach den selbsternannten Regeln der NATO ein unprovokierter Angriff gegen einen Staat ein unprovokierter Angriff gegen alle. Einer für alle, und alle für einen!

Dies ist die erschreckende und wahnhafte Logik, die die NATO an den Rand der Klippe treibt. Wenn die NATO der Ukraine im Kampf gegen Russland hilft, so argumentiert sie, dann hilft sie der Ukraine nur, sich selbst zu verteidigen. Das ist natürlich völlig unwahr. Wie wir gesehen haben, hat Stoltenberg mehrfach zugegeben, dass die NATO aktiv an der Finanzierung, Bewaffnung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte beteiligt war. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid hat er die Lieferung ausserordentlicher Mengen von Waffen durch die NATO an die Ukraine als Beweis für das langjährige Engagement des Bündnisses für das Land angepriesen:

«All dies macht jeden Tag auf dem Schlachtfeld einen Unterschied. Und seit der Invasion im Februar haben sich die Bündnispartner sogar noch mehr engagiert. Mit militärischer, finanzieller und humanitärer Hilfe im Wert von Milliarden von Euro.»

Mit anderen Worten: Was die NATO seit Februar dieses Jahres getan hat, ist eine Fortsetzung dessen, was sie seit 2014 getan hat. Die NATO hat sich nicht erst im Februar in den Kampf eingeschaltet; sie ist seit mindestens acht Jahren dabei, liefert Waffen, ignoriert die wiederholten russischen Warnungen über «rote Linien» und provoziert die unvermeidliche russische Vergeltung gegen das immer grösser werdende feindliche bewaffnete Lager an seiner Grenze.

Die NATO war alles andere als ein desinteressierter Beobachter, der im Februar schockiert und mit dem verzweifelten Wunsch reagierte, etwas zu tun, um einem tapferen kleinen Land zu helfen. Doch die NATO muss diese absurde Fiktion aufrechterhalten, um in der Öffentlichkeit die Behauptung aufrechterhalten zu können, Russlands Angriff sei «unprovokiert» gewesen. Nach Auffassung der NATO war Russlands Einleitung der so genannten «speziellen Militäroperation» in der Ukraine ein Akt unprovokierter Aggression – natürlich unter Missachtung der Nichtumsetzung des Minsker Abkommens durch die Ukraine und die NATO-Mächte Frankreich und Deutschland, der wiederholten Beitrittsversprechen der NATO an die Ukraine, des brutalen

achtjährigen Krieges der Ukraine gegen ihre eigenen Bürger im Donbass und der Umwandlung der Ukraine durch die NATO in einen gegen Russland gerichteten bewaffneten Flugzeugträger. In ähnlicher Weise wird die NATO darauf bestehen, dass ein russischer Angriff auf einen NATO-Mitgliedstaat, der sich aktiv an der Bewaffnung der Ukraine beteiligt, ebenfalls ein Akt unprovoked Aggression ist.

Wie wir wissen, wird gemäss dem Nordatlantikvertrag von 1949 die gesamte NATO aktiv, sobald ein NATO-Mitgliedstaat Opfer eines unprovoked Angriffs wird – «Einer für alle und alle für einen», so der Schlachtruf. Russland, so warnt Stoltenberg bedrohlich, sollte sich also in Acht nehmen und niemanden in der NATO angreifen. Andernfalls wird Russland einen ausgewachsenen Krieg mit allen 30 NATO-Mitgliedstaaten am Hals haben.

### **Fehlinterpretation der NATO-Charta**

Die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten mögen sich mit dem Gedanken zufriedengeben, dass sie die Ukraine nach Herzenslust bewaffnen und finanzieren können und dass Russland zu viel Angst haben wird, ein Stück NATO-Territorium anzugreifen, weil eine solche unbedachte Handlung den ganzen Zorn der NATO auf sich ziehen würde. Es gibt jedoch keinen Grund zu der Annahme, dass Russland oder China oder irgendjemand in der Welt die Regeln, die die NATO für sich selbst erfunden hat, akzeptiert und bereit wäre, sie zu befolgen. Für jeden, der auch nur ein bisschen gesunden Menschenverstand besitzt, ist es offensichtlich, dass die NATO eine Konfliktpartei ist, und zwar schon seit langem, und als solche ein legitimes Angriffsziel darstellt, wenn die militärischen Umstände dies rechtfertigen.

Vor allem ist der gepriesene Artikel 5 der NATO nicht die gusseiserne Garantie dafür, dass alle NATO-Mitgliedstaaten im Namen eines ihrer Mitglieder gegen einen potenziellen Angreifer in den Krieg ziehen würden, für die ihn die NATO-Propagandisten halten. Artikel 5 lautet wie folgt:

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle anzusehen ist, und sie kommen daher überein, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen anerkannten Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung der oder den angegriffenen Vertragsparteien unverzüglich Hilfe leisten wird.

Mit anderen Worten: Die NATO-Mitgliedstaaten, die sich darauf geeinigt haben, dass ein Angriff auf einen Mitgliedstaat stattgefunden hat, werden sich zweifellos darauf einigen, dass dieser Angriff einen Angriff auf alle darstellt, und dann entscheiden ... was genau? Nun, sie werden entscheiden, was, wenn überhaupt, sie dagegen tun können oder wollen. Niemand ist verpflichtet, mehr zu tun, als er bereit oder in der Lage ist zu tun. Da die NATO grösstenteils aus Versagern und militärisch unbedeutenden Mächten besteht, kommt es nur darauf an, was die einzige militärisch nicht unbedeutende Macht – die Vereinigten Staaten von Amerika – zu tun gedenkt.

Noch wichtiger ist, dass die Einhaltung von Artikel 5, Stoltenbergs Massstab, voraussetzt, dass sich die NATO und alle NATO-Mitgliedstaaten an Artikel 1 des Nordatlantikvertrags halten:

Die Vertragsparteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen alle internationalen Streitigkeiten, in die sie verwickelt sind, mit friedlichen Mitteln so beizulegen, dass der Weltfrieden und die internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und in ihren internationalen Beziehungen von der Androhung oder Anwendung von Gewalt in jeder mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbaren Weise abzusehen.

Dies haben die NATO-Staaten nach Stoltenbergs unzähligen Eingeständnissen nicht getan. Sie haben alles getan, um ihren «internationalen Streit» mit Russland nicht mit «friedlichen Mitteln» beizulegen. Sie haben alles getan, um einen «internationalen Streit» zu verschärfen, den es nie hätte geben dürfen. Dieser «internationale Streit» fand zudem in einem Gebiet statt, das nicht zu den NATO-Liegenschaften gehörte.

Die eklatante Verletzung von Artikel 1 durch die NATO schliesst die Berufung auf Artikel 5 aus. Ein russischer Angriff auf NATO-Gebiet wäre zwar mit ziemlicher Sicherheit unklug, aber kein unprovoked Akt der Aggression. Er wäre nichts, wenn er nicht provoziert würde. Stoltenbergs Spielregeln sind eine Ausgeburt seiner Phantasie. Auch wenn er zweifellos unermüdlich «Einer für alle und alle für einen» rufen würde, gäbe es für ihn keine Rechtsgrundlage, von den NATO-Staaten zu verlangen, dass sie sich in die Schusslinie begeben, nur weil einige Mitgliedstaaten rücksichtslos versucht haben, Russland zu einem Angriff auf sie zu verleiten.

Abgesehen von Artikel 5 und dem imaginären Sicherheitsnetz, das er angeblich bieten soll, ist es besonders erbärmlich – wenn auch ganz im Einklang mit der bisherigen NATO-Praxis –, dass sich weder Stoltenberg noch der Führer einer der wichtigsten NATO-Mächte sehr für das Objekt ihrer Fürsorge zu interessieren scheint, nämlich die Ukraine selbst. Es ist schon seit einiger Zeit klar, dass je mehr die NATO der Ukraine «hilft», desto weniger von der Ukraine am Ende der Kämpfe übrig bleiben wird. Der russische Aussenminister Sergej Lawrow erklärte kürzlich, dass Russland angesichts der Lieferung von Langstreckenwaffen wie dem HIMARS durch die USA an Kiew seine Ziele ausweiten und weiter in die Ukraine vordringen müsse, um die Sicherheit der Bewohner des Donbass zu gewährleisten, ganz zu schweigen von der Russlands:

Dieser Prozess geht weiter, konsequent und beharrlich. Er wird so lange weitergehen, wie der Westen, der die Situation so weit wie möglich verschlimmern will, die Ukraine mit immer mehr Langstreckenwaffen überschwemmt. Nehmen Sie die HIMARS. (Die Ukraine brüstet sich damit, dass sie bereits Munition mit einer Reichweite von 300 Kilometern erhalten hat.) Das bedeutet, dass sich unsere geografischen Ziele noch weiter von der jetzigen Linie entfernen werden. Wir können nicht zulassen, dass der Teil der Ukraine, den Wladimir Selensky oder wer auch immer ihn ersetzen wird, über Waffen verfügt, die eine direkte Bedrohung für unser Territorium oder für die Republiken darstellen, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben und ihre Zukunft selbst bestimmen wollen.

Seit dem Untergang der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes hat die NATO mindestens drei, vielleicht vier Kriege geführt. Ohne ständige Expansion und die Schaffung neuer Feinde durch diese ständige Expansion hätte die NATO keine Rechtfertigung für ihre weitere Existenz. Die NATO scheint nicht in der Lage zu sein, diesen Weg zu verlassen, ganz gleich, wie gefährlich er ist, wie die Kriege in Jugoslawien und der Ukraine gezeigt haben. Wie Stoltenbergs wahnhaftige Äusserungen zeigen, könnten die Dinge noch viel alarmierender werden – und zwar schon bald.

QUELLE: NATO LEARNS NOTHING AND FORGETS NOTHING

ÜBERSETZUNG: ANTIKRIEG

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-nato-lernt-nichts-und-vergisst-nichts/>

## Die zügellose Korruption in der Ukraine bedeutet, dass die Waffenlieferungen des Westens wahrscheinlich irgendwann nach hinten losgehen werden

uncut-news.ch, August 15, 2022

### Afghanistan in neuem Gewand

**Die zügellose Korruption in der Ukraine bedeutet, dass die Waffenlieferungen des Westens wahrscheinlich irgendwann nach hinten losgehen werden.**

Ian Miles Cheong

Aus der Ferne betrachtet scheint das Ausmass der ukrainischen Korruption viel tiefer zu gehen, als die jüngste Verschiebung in der Darstellung vermuten lässt, und es könnte sich für den Westen rächen, da die an die Kiewer Streitkräfte gelieferten Waffen verschwinden, ohne dass über ihren Verbleib Rechenschaft abgelegt wird.

Genau wie bei der Unterstützung der Mudschaheddin in den 1980er Jahren, als Amerika einen Stellvertreterkrieg gegen die Sowjets führte, könnte die Unterstützung der ukrainischen Regierung eines Tages einen Wirbelsturm ernten. Und genau wie bei ihrem Engagement in Afghanistan vor Jahrzehnten bedeutet die Unterstützung des «Feindes meines Feindes», dass man sich mit zwielichtigen Gestalten einlässt und deren Fehlverhalten beschönigt.



(Von links) Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky, der französische Präsident Emmanuel Macron und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz geben eine gemeinsame Pressekonferenz nach ihrem Treffen in Kiew am 16. Juni 2022.

Sergei Supinsky-AFP/Getty Images

Nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine stellten die Medien ihre Berichterstattung über die zwielichtige politische Schattenseite der Ukraine mit ihren schmutzigen Machenschaften, die bis

an die Spitze reichen, schlagartig ein. Selbst Amerikas Liebling, Wladimir Selenskyj, war in diesen Berichten nicht ungeschoren davongekommen.

Nur wenige Monate vor dem Konflikt berichteten Mainstream-Publikationen wie *«The Guardian»* über Selenskys Offshore-Verbindungen, die durch die Pandora Papers aufgedeckt wurden. Wie in dem Bericht ausführlich dargelegt, versäumte es Selensky, der mit einem Anti-Korruptionsprogramm in den Wahlkampf gezogen war, das Ausmass seines Offshore-Vermögens und seine Verbindungen zu einigen der Oligarchen offenzulegen, die er von seinem politischen Einfluss zu befreien versprach – und fuhr fort, alles als *«business as usual»* zu behandeln, sobald er an der Macht war.

Spulen Sie bis zum heutigen Tag vor: Selensky ist ein blitzsauberer Leuchtturm der Stärke und eine Ikone der liberalen Demokratie. Der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson nannte ihn einen *«Helden»*, und zahlreiche Prominente sind an der Seite des ukrainischen Führers zu Fototerminen erschienen, um sein Image zu fördern.

Doch bei all dem Pomp und der Grösse, die Selensky umgibt, kommt das Problem der Korruption in der Ukraine wieder zum Vorschein. Vielen im Westen wird klar, dass ein Grossteil der Gelder und Rüstungsgüter, die für das ukrainische Militär bestimmt sind, nicht verbucht werden, und die Durchschnittsamerikaner und -europäer zahlen den Preis dafür. Buchstäblich.

Es ist eine Sache, wenn ein Politiker seine Wahlversprechen nicht einhält, aber Selenskys offensichtliche Korruption wird für seine westlichen Unterstützer zu einer Belastung.

Die ukrainischstämmige US-Kongressabgeordnete Victoria Spartz, eine der lautesten Befürworterinnen der Aufforderung an die US-Regierung, die Ukraine zu unterstützen, hat die ukrainischen Behörden, einschliesslich Selensky, auffliegen lassen. Wie CNN letzte Woche berichtete, hat Spartz zahlreiche Anschuldigungen gegen die ukrainische Regierung erhoben und auf deren tiefsitzende Korruption aufmerksam gemacht – und sie stellt Fragen, wohin all die Gelder fliessen.

Aber ihre Kollegen im Kongress sind Berichten zufolge ihrer *«kriegerischen Rhetorik»* überdrüssig und argumentieren, dass ihre Fragen die Ukraine schlecht aussehen lassen. Schliesslich muss Selenskys Image als sauberer Politiker aufrechterhalten werden, wenn die Mitglieder des Kongresses, insbesondere diejenigen, die persönlich an Rüstungsunternehmen beteiligt sind, den amerikanischen Steuerzahler weiterhin für die Unterstützung des Stellvertreterkriegs gegen Russland melken wollen.

Aber eine so wackelige Fassade wie die von Selensky kann nur eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden. Da die Wirtschaft in eine Rezession abrutscht und die Inflation sowohl in den USA als auch in Grossbritannien und anderen NATO-Ländern Rekordhöhen erreicht, sind die Politiker nur begrenzt bereit, das Narrativ aufrechtzuerhalten, zumal zahlreiche US-Demokraten bei den bevorstehenden Zwischenwahlen um ihre Sitze kämpfen.

Spartz ist mit ihrer Kritik an der ukrainischen Regierung und ihrer Korruption nicht allein. CBS hat eine Dokumentation mit dem Titel *«Arming Ukraine»* veröffentlicht, in der gezeigt wird, wie viel von der amerikanischen Militärhilfe für die Ukraine verschwunden ist. Jonas Ohman, Gründer der gemeinnützigen Organisation Blue-Yellow, kommt in der Dokumentation zu der Einschätzung, dass nur 30% der von den USA geleisteten Militärhilfe jemals an der Front angekommen sind.

Die CBS-Dokumentation löste eine massive Gegenreaktion der lautstärksten Unterstützer der Ukraine in den sozialen Medien aus. Viele forderten den Sender auf, den Bericht zurückzuziehen, weil er die Ukraine schlecht aussehen lasse. Und CBS hat kapituliert und einen Widerruf veröffentlicht, in dem es heisst, dass die Informationen veraltet seien und dass sich die *«Lieferung verbessert»* habe. Die Dokumentation wurde entsprechend *«aktualisiert»*. Man kann nur vermuten, ob CBS den Anruf von oben erhalten hat oder ob es einfach den Forderungen der Twitter-Nutzer mit ukrainischen Flaggen in ihrem Profil nachgegeben hat.

Unabhängig von der Rücknahme der Meldung sind die Bedenken berechtigt und entsprechen denen, die von US-Geheimdienstquellen geäussert wurden, die im April gegenüber CNN erklärten, dass Washington keine Ahnung hat, wo die Waffen, die es schickt, tatsächlich landen.

*«Für eine kurze Zeit haben wir eine gewisse Sicherheit, aber wenn es in den Nebel des Krieges eindringt, haben wir fast keine mehr»*, sagte eine der Quellen. *«Es fällt in ein grosses schwarzes Loch, und man hat nach kurzer Zeit so gut wie gar keinen Eindruck mehr davon.»*

Erst kürzlich, im Juli, verlangten die NATO- und EU-Staaten von der Ukraine Rechenschaft über die Waffen, die in das Land fliessen, und stellten fest, dass alles, von MANPADs über Gewehrmunition bis hin zu gepanzerten Fahrzeugen, nicht ordnungsgemäss verfolgt wird – wenn überhaupt.

Wie die *«Financial Times»* berichtet, forderten die NATO-Staaten die Führung in Kiew auf, detaillierte Bestandslisten und eine Nachverfolgung der vom Westen gelieferten Waffen zu erstellen.

*«Alle diese Waffen landen in Südpolen, werden an die Grenze transportiert und dann einfach auf Fahrzeuge aufgeteilt, um die Grenze zu überqueren: Lastwagen, Lieferwagen, manchmal auch Privatwagen»*, so ein westlicher Beamter gegenüber der FT. *«Von diesem Moment an wissen wir nicht mehr, wo sie sich befinden, und wir haben keine Ahnung, wohin sie gehen, wo sie eingesetzt werden oder ob sie überhaupt im Land bleiben.»*

Eine solche Einschätzung widerlegt die neue Behauptung von CBS, dass sich «die Lieferungen verbessert haben», was die Milliarden an Munition und Militärhilfe, die seit Ausbruch des Konflikts in die Ukraine geliefert wurden, nicht erklären würde.

Abgesehen von hochregulierten Rüstungsgütern wie den hochmodernen mobilen HIMARS-Artilleriegeschützen der USA ist ein Grossteil der an die Ukraine geschickten Waffen einfach in einem schwarzen Loch verschwunden – eine Tatsache, die durch die von der schwedischen Polizei geäusserten Bedenken verdeutlicht wird, die warnte, dass «wahrscheinlich ein hohes Risiko besteht, dass Ströme illegaler Waffen nach Schweden gelangen».

Da so wenig Rechenschaft darüber abgelegt wird, wohin die Waffen gehen, und man nicht bereit ist, den Tatsachen ins Auge zu sehen, könnte dem Westen so etwas wie eine Neuauflage des Krieges gegen den Terror drohen, zumal bestehende Bedrohungen wie Al-Qaida und IS bereits dabei sind, sich neu zu gruppieren und neu zu formieren – und möglicherweise mit westlichen Waffen aufzurüsten.

Die Ausbildung radikaler Neonazi-Extremisten wie des Asowschen Bataillons für den Kampf gegen die Russen könnte dazu führen, dass sich die Sorgen des Westens um die weisse Vorherrschaft in etwas mehr als nur ein paar rassistischen Trollen in den sozialen Medien manifestieren.

Und das alles nur, weil die Politiker ihren antirussischen Ersatzstaat brauchten, um als unehrlich präsentiertes Aushängeschild für «Liberalismus» und «Demokratie» zu dienen.

QUELLE: AFGHANISTAN ALL OVER AGAIN: UKRAINE'S RAMPANT CORRUPTION MEANS THE WESTERN SUPPLY OF WEAPONS IS LIKELY TO EVENTUALLY BACKFIRE

ÜBERSETZUNG: ANTIKRIEG

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-zuegellose-korruption-in-der-ukraine-bedeutet-dass-die-waffenlieferungen-des-westens-wahrscheinlich-irgendwann-nach-hinten-losgehen-werden>

## Das Comeback der NATO könnte im Armageddon enden – eine düstere Zukunft liegen vor uns

*uncut-news.ch, August 15, 2022*



*Polnische Soldaten halten eine NATO-Flagge während eines Familienfotos nach einer Trainingsdemonstration mit der multinationalen NATO-Kampfgruppe eFPon auf dem Truppenübungsplatz Orzysz am 3. Juli 2022 in Orzysz, Polen (Foto: Omar Marques/Getty Images)*

Auf dem NATO-Gipfel hat sich das Bündnis strategisch neu aufgestellt. Damit wollen die USA ihre Hegemonie sichern und global ausweiten. Ein neuer Kalter Krieg und eine düstere Zukunft liegen vor uns.

Der NATO-Gipfel 2022 (North Atlantic Treaty Organization), der vom 28. bis 30. Juni in Madrid (Spanien) stattfand, hat ein neues strategisches Konzept für ein Bündnis hervorgebracht, das noch vor wenigen Jahren vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron als «hirtot» bezeichnet wurde und dessen Zukunft die nächsten zehn Jahre bestimmen wird.

Dank des russischen Präsidenten Wladimir Putin hat das grösste Militärbündnis der Welt ein Comeback hingelegt, und zwar mit Nachdruck. Russland ist wieder zum Hauptziel geworden. Im neuen strategischen Konzept wird es als die «bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für den Frieden und die Stabilität im euro-atlantischen Raum» bezeichnet.

Länder mit einer langen Geschichte der Neutralität, wie Finnland und Schweden, werden bald der NATO beitreten, nachdem die Türkei ihren Widerstand aufgegeben hat. Die NATO wird die Grenze zu Russland um 1300 Kilometer verlängern. Seit 2016 verfügt die Nato auch über eine «verstärkte Präsenz» in Estland, Lettland, Litauen und Polen.

Die westliche Einkreisung Russlands, die sich sowohl vor als auch nach der bolschewistischen Revolution von 1917 abzeichnete und auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus mit demselben Eifer fortgesetzt wurde, ist nun praktisch abgeschlossen.

Dies ist eine Entwicklung mit erschütternden Auswirkungen auf den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit. Die NATO war natürlich während des gesamten Kalten Krieges eine Quelle der Instabi-

lität und eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, da sie ein zentrales Instrument für das imperiale Projekt der USA war. Mit ihrer Osterweiterung nach der Auflösung der Sowjetunion hat die Rolle der NATO bei der Wiederherstellung der unipolaren Welthegeemonie Amerikas die Saat des Misstrauens zwischen Russland und den westlichen Mächten gesät und die Voraussetzungen für das Wiederaufflammen eines langwierigen Konflikts geschaffen, der an den Kalten Krieg erinnerte.

Das US-geführte und westlich geprägte Bündnis trägt einen grossen Teil der Verantwortung für die anhaltende Tragödie in der Ukraine. Viele hochrangige Experten für internationale Beziehungen hatten vorausgesagt [1], dass die Osterweiterung der NATO letztlich eine feindselige Reaktion Russlands hervorrufen würde [2]. Russland hatte den Westen seit Jahrzehnten vor der NATO-Erweiterung gewarnt.

Im September 1993 richtete Boris Jelzin ein Schreiben an Bill Clinton, in dem er davor warnte, dass eine NATO-Erweiterung von Russland als Bedrohung der nationalen Sicherheit aufgefasst werden könnte.

«Wir glauben, dass die Osterweiterung der NATO ein Fehler ist, und zwar ein schwerwiegender Fehler», sagte Boris Jelzin [3], Russlands erster postsowjetischer Präsident, 1997 auf einer Pressekonferenz mit US-Präsident Bill Clinton in Helsinki, wo beide eine Erklärung zur Rüstungskontrolle unterzeichneten.

Auf dem Madrider Gipfel einigten sich die Staats- und Regierungschefs der NATO auf ein neues strategisches Konzept für das Bündnis, das die Welt noch gefährlicher machen wird als sie es jetzt schon ist. Doch bevor wir uns damit befassen, was die neue Strategie der NATO für die Weltordnung bedeutet, wollen wir kurz die Geschichte des von den USA geführten Militärbündnisses in Erinnerung rufen.

Die NATO wurde 1949 von den Vereinigten Staaten und elf anderen westlichen Staaten mit dem erklärten Ziel gegründet, als Abschreckung gegen einen Einmarsch der Sowjetunion in Westeuropa zu dienen.

Natürlich gab es keine sowjetische militärische Bedrohung. Stalin hatte nicht die Absicht, in Westeuropa einzumarschieren. Er war ein unbarmherziger Tyrann, der einen Polizeistaat führte, den er fast im Alleingang aufgebaut hatte, aber sein aussenpolitischer Ansatz war nicht von einer Ideologie, sondern vom Diktat der Realpolitik bestimmt. Er war ein Ultra-Realist, der keine militärische Konfrontation mit den Amerikanern und Briten auf dem Kontinent wollte.

«Ich kann mit Stalin umgehen. Er ist ehrlich, aber verdammt schlau», schrieb Harry Truman in seinem Tagebucheintrag [4] vom 17. Juli 1945, dem ersten Tag der Potsdamer Konferenz in Deutschland.

In der Tat war Stalins geostrategischer Ansatz nicht auf den Export einer revolutionären Ideologie ausgerichtet. «Der Export einer Revolution ist Unsinn», sagte er 1936 in einem Interview mit Roy Howard, dem Präsidenten der Scripps-Howard Newspapers. Stalins Hauptanliegen war die Sicherheit der Sowjetunion. Sein Interesse, Osteuropa unter seine Kontrolle zu bringen, diente dem Zweck, eine Pufferzone zwischen dem Westen und der Sowjetunion zu schaffen.

Die Sowjetunion verlor während des Zweiten Weltkriegs bis zu 27 Millionen Menschenleben, die Hälfte ihrer Industrie, und Tausende von Dörfern, Städten und Gemeinden wurden zerstört. Das ist der Preis, den sie für die Rettung der Welt vor Nazi-Deutschland bezahlt hat. Sicherlich wäre es gut, die westlichen Leser daran zu erinnern, dass «vier Fünftel der Kämpfe in Europa an der Ostfront stattfanden, und dass die Deutschen dort praktisch alle Opfer zu beklagen hatten», wie Rodric Braithwaite, ehemaliger britischer Botschafter in der Sowjetunion/Russischen Föderation, in einem Vortrag am 13. Juni 2005 am Kennan-Institut treffend feststellte [5].

Aus all den oben genannten Gründen hätte die blossе Vermutung, dass Stalin die Absicht haben könnte, sich auf wilde militärische Abenteuer zur Eroberung von Paris oder London einzulassen, von jedem rationalen Entscheidungsträger zu jener Zeit als völlig lächerlich zurückgewiesen werden müssen, aber das war offensichtlich nicht der Fall.

Nehmen wir zum Beispiel die Haltung eines antikommunistischen Reaktionärs wie Winston Churchill. Sein pathologischer Hass auf die Sowjetunion war so ausgeprägt, dass er sogar noch während der Operation Barbarossa und dem bevorstehenden Zusammenbruch der Sowjetunion das kommunistische Russland und nicht Nazi-Deutschland als barbarischen Gegensatz zur westlichen Zivilisation betrachtete.

«Es wäre eine unermessliche Katastrophe, wenn die russische Barbarei die Kultur und Unabhängigkeit der alten Staaten Europas überlagern würde», schrieb Churchill Ende 1942 an Anthony Eden.

Wie bereits erwähnt, bestand der ausdrückliche Zweck der NATO in der «Abschreckung der sowjetischen Aggression». Die Gründung der NATO verfolgte jedoch noch ein weiteres Ziel, das jedoch weder von der NATO-Führung noch von aussenpolitischen Experten und Kommentatoren je erwähnt wurde.

Das Ziel bestand darin, die Stellung Westeuropas in der kapitalistischen Weltwirtschaft mit den USA an der Spitze zu festigen. Ein Jahr zuvor war der Marshallplan eingeführt worden, dessen Ziel es war, die Ausbreitung des Kommunismus in Westeuropa zu verhindern, die internationale Wirtschaftsordnung zu stabilisieren und Märkte für amerikanische Waren zu schaffen.

Durch die Einbindung der europäischen Staaten in die NATO wollten die USA ihre Investitionen in die europäischen Volkswirtschaften schützen. Mit anderen Worten: Die NATO wurde auch als Bollwerk gegen radikale politische Veränderungen in den verschiedenen europäischen Staaten betrachtet. Sie war ein Mittel, um sicherzustellen, dass ihre Zukunft an die kapitalistische Weltordnung gebunden ist.

### **NATO und kein Ende: Gefährliche Spiele an Russlands «roter Linie»**

Nur wenige Jahre nach ihrer Gründung begann die NATO, sich zu erweitern. Zwei Länder mit einer Neigung zum Autoritarismus, die aber erklärermassen antikommunistisch eingestellt waren, nämlich Griechenland und die Türkei, traten 1952 der NATO bei.

Natürlich hatten beide Länder schon lange vor ihrer förmlichen Aufnahme in das transatlantische Bündnis die Präsenz der USA in ihren innenpolitischen Angelegenheiten zu spüren bekommen. Als die Briten den Vereinigten Staaten am 24. Februar 1947 mitteilten, dass Grossbritannien «... sich angesichts der wirtschaftlichen Lage in Grossbritannien nicht mehr in der Lage sieht, den grössten Teil der Last der Unterstützung in Form von Geld und militärischer Hilfe zu tragen, die Griechenland und die Türkei erhalten sollten, wenn sie ihre territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit bewahren wollen» – eine Nachricht, die zweifellos hochrangige Beamte im Aussenministerium in helle Aufregung versetzte –, trat Truman weniger als einen Monat später vor eine gemeinsame Sitzung des Kongresses, um 400 Millionen Dollar an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe für die griechische und die türkische Regierung zu beantragen.

Zu dieser Zeit befand sich Griechenland mitten in der zweiten Phase eines Bürgerkriegs (1946–49) und die Kommunisten standen kurz davor, eine provisorische Regierung in den nördlichen Bergen auszurufen. Örtliche Gegebenheiten und geopolitische Erwägungen sollten schliesslich eine Rolle bei der Niederlage der Kommunisten spielen, aber die US-Hilfe für die griechische Armee war bei der Niederschlagung des zweiten kommunistischen Aufstands ebenso entscheidend wie die britische Unterstützung für die griechische Regierung bei der Niederschlagung der Kommunisten in der ersten Phase des Bürgerkriegs (Dezember 1944-Januar 1945).

«Es muss die Politik der Vereinigten Staaten sein, freie Völker zu unterstützen, die sich der versuchten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder Druck von aussen widersetzen», verkündete Harry S Truman am 12. März 1947. Mit «freien Völkern» meinte Truman natürlich die Kräfte, die gegen den Kommunismus kämpften. Es machte keinen Unterschied, wenn diese Kräfte, wie im Falle Griechenlands, zufällig Faschisten waren. Grossbritannien hatte sich auch auf die Seite der Nazi-Kollaborateure und der reaktionärsten Elemente innerhalb Griechenlands gestellt, um den politischen Gruppen, die während des Zweiten Weltkriegs gegen die Achsenmächte gekämpft hatten, jegliche Rolle bei der künftigen Führung des Landes zu nehmen.

Im Falle der Türkei diente die Truman-Doktrin als Instrument zur Beeinflussung der türkischen Aussenpolitik und zur Bindung des Landes an westliche Staaten. Nur wenige Kritiker innerhalb der USA waren besorgt über die Tatsache, dass die Türkei von einem Militärregime regiert wurde, das die Menschenrechte und die Freiheit nicht respektierte, und dass sie im Sommer 1941 sogar einen Freundschaftsvertrag mit Hitler unterzeichnet hatte.

Im Gegensatz zur Schweiz, deren Neutralität gegenüber kriegführenden Nationen auf den Wiener Kongress von 1815 zurückgeht und 1920 vom Völkerbund bestätigt wurde, blieb die Türkei während des Zweiten Weltkriegs aus rein pragmatischen Gründen neutral. Sie hat ihre Beziehungen zu Nazideutschland erst Anfang August 1944 abgebrochen, als bereits klar war, dass Deutschland den Krieg verlieren würde und die Sowjetunion eine aufstrebende Macht war.

Und als sie Deutschland schliesslich Ende Februar 1945 den Krieg erklärte, tat sie dies unter Druck und im Tausch für einen Sitz in den künftigen Vereinten Nationen. Auf der Konferenz von Jalta, die vom 4. bis 11. Februar 1945 stattfand, hatten Roosevelt, Churchill und Stalin einen Aufruf zu einer Konferenz der Vereinten Nationen am 24. April in San Francisco veröffentlicht. Zu der Konferenz in San Francisco sollten nur die Staaten eingeladen werden, die Deutschland und Japan vor März 1945 den Krieg erklärt hatten.

Die Truman-Doktrin veränderte die Aussenpolitik der USA und schuf eine neue Welt(un)ordnung. Sie leitete den Kalten Krieg ein und machte die Vereinigten Staaten zum Weltpolizisten. Europa war natürlich die geografisch wichtigste Region für die Vereinigten Staaten, weshalb die NATO gegründet wurde. Der erste Generalsekretär des Bündnisses, Baron Hastings Ismay, traf den Nagel auf den Kopf, als er den Zweck des Bündnisses wie folgt beschrieb: «die Sowjetunion draussen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten».

Es dauerte mehrere Jahre, bis die Sowjetunion eine konkurrierende Organisation gründete, und sie tat dies erst, als es der NATO nicht gelang, die Deutschen in Schach zu halten. Tatsächlich wurde der Warschauer Pakt als Reaktion auf die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO im Jahr 1955 gegründet.

Anfang der 1950er Jahre zog die sowjetische Regierung einen NATO-Beitritt in Erwägung, doch die Idee wurde zunächst mit Schweigen bedacht und später mit der Begründung abgelehnt, dass die sowjetische Mitgliedschaft nicht mit der Förderung demokratischer Werte durch die NATO vergleichbar sei. In der Tat schienen die Sowjets recht aufrichtig gewesen zu sein, als sie ihr Interesse an der Schaffung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen bekundeten. Sie waren zutiefst besorgt über die Aussicht auf einen Dritten Weltkrieg, der aus ihrer Sicht aufgrund der Existenz von Atomwaffen das Ende der menschlichen Zivilisation bedeutete hätte. Der Westen hatte jedoch kein Interesse an einem europäischen Sicherheitsvertrag, der die Sowjets einbezog.

Aus der Sicht der Sowjetunion und ihrer östlichen Verbündeten wurde die NATO zu einer Sicherheitsbedrohung, als Westdeutschland dem von den USA geführten Militärbündnis beitreten durfte.

Das letzte Land, das der NATO vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion beitrug, war Spanien im Jahr 1982. Die Struktur der NATO entwickelte sich im Laufe des Kalten Krieges weiter, ebenso wie ihr Ansatz in Bezug auf Verteidigung und Abschreckung, wenngleich Kernwaffen weiterhin eine Schlüsselkomponente der kollektiven Verteidigungspolitik des Bündnisses waren.

Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 markierte das Ende des Kalten Krieges, und der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow spielte nicht nur bei den Ereignissen, die zum Fall der Berliner Mauer und zur anschließenden Wiedervereinigung Deutschlands führten, sondern auch bei der politischen Umgestaltung Osteuropas und der Auflösung der Sowjetunion am Weihnachtstag 1991 eine entscheidende Rolle.

Das Ende des Kalten Krieges hat jedoch nicht zum Verschwinden der NATO geführt. Margaret Thatcher, die sich übrigens nach dem Fall der Berliner Mauer vehement gegen die Wiedervereinigung Deutschlands aussprach, sprach zweifellos für alle Kämpfer des Kalten Krieges, als sie die Frage, ob die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges aufgelöst werden sollte, mit den Worten beantwortete: «Sie kündigen doch auch nicht Ihre Hausratversicherung, nur weil es in den letzten zwölf Monaten weniger Einbrüche in Ihrer Strasse gegeben hat.»

Aber Erweiterung? Unmittelbar nach dem Abbau der Berliner Mauer sprach niemand offen von einer NATO-Osterweiterung. Während der Diskussionen über den Prozess der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 und bis ins Jahr 1991 hinein wurde Michail Gorbatschow von den westlichen Staats- und Regierungschefs zugesichert [6], dass die Nato-Erweiterung «keinen Zentimeter nach Osten» gehen würde.

Bei verschiedenen Gelegenheiten in diesem Zeitraum versicherten Präsident George H. W. Bush und zahlreiche andere westliche Staats- und Regierungschefs (Kohl, Mitterrand, Thatcher, Major und andere) den Sowjets, «die sowjetischen Sicherheitsinteressen zu schützen und die UdSSR in künftige europäische Sicherheitssysteme einzubeziehen».

Die NATO-Erweiterung nach dem Ende des Kalten Krieges, die Mitte der 90er Jahre mit der Einführung des Programms «Partnerschaft für den Frieden» Gestalt annahm, verfolgte zwei Hauptziele: Erstens die Neugestaltung der europäischen Ordnung und zweitens die Ausgrenzung Russlands. Die osteuropäischen Staaten, insbesondere die baltischen Staaten, waren natürlich mehr als erpicht darauf, der NATO beizutreten, und zwar nicht nur aus Sicherheitsgründen, sondern auch, um einen schnelleren Weg zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) zu finden.

Die erste NATO-Erweiterung nach dem Ende des Kalten Krieges erfolgte 1999, als die Tschechische Republik, Ungarn und Polen Mitglieder wurden. Der Kreml reagierte nicht darauf, auch nicht im Falle Polens. Erstens, weil sich Russland inmitten eines politischen und wirtschaftlichen Chaos befand, und zweitens, weil alle politischen Gruppierungen in Polen sowohl die NATO- als auch die EU-Mitgliedschaft befürworteten. Der russische Widerstand gegen die NATO-Erweiterung war jedoch bereits aktenkundig. So nahm die russische Staatsduma im Herbst 1996 einstimmig eine Resolution an, in der sie die NATO-Erweiterung verurteilte und davor warnte, dass sie zu einer Krise führen würde.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO mehrere Erweiterungsrounds durchlaufen. Im Jahr 2004 traten sieben Länder dem Bündnis bei: Bulgarien, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Estland, Lettland und Litauen; 2009 traten Albanien und Kroatien der NATO bei, während die jüngsten Mitglieder Montenegro im Jahr 2017 und die Republik Nordmazedonien im Jahr 2020 dem Bündnis beitraten.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 drängten die USA auch auf einen sofortigen Membership Action Plan (MAP) für Georgien und die Ukraine, aber Deutschland, Frankreich und kleinere NATO-Staaten sträubten sich gegen diese Idee. Der Fall Georgien und Ukraine wurde von führenden europäischen Politikern als höchst umstritten angesehen, da sie wussten, dass ein solcher Schritt eine feindselige Reaktion Russlands hervorrufen könnte.

Wladimir Putin hatte die Staats- und Regierungschefs der NATO und der USA mehrfach gewarnt, dass das Angebot einer NATO-Mitgliedschaft für Georgien und die Ukraine eine «rote Linie» für Russland darstelle. Um Washington zu beschwichtigen, machten die europäischen Staats- und Regierungschefs dennoch die vage Zusage, Georgien und die Ukraine irgendwann in der Zukunft zum NATO-Beitritt einzuladen.

### **NATO-Offensive: Stärkt Achse Russland-China und ermöglicht totalen Krieg**

«Wir haben uns heute darauf geeinigt, dass diese Länder Mitglieder der NATO werden», sagte NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer auf einer Pressekonferenz während des NATO-Gipfels in Bukarest, nachdem die Staats- und Regierungschefs es versäumt hatten, Georgien und die Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt in den MAP aufzunehmen.

Am 8. August 2008 gab Putin den russischen Streitkräften grünes Licht für den Einmarsch in Georgien. Der Konflikt war innerhalb weniger Tage beendet, doch laut Human Rights Watch begingen die Streitkräfte auf allen Seiten während des Konflikts «zahlreiche Verstöße gegen die Kriegsgesetze».



Bei dem Konflikt ging es um Südossetien. Der georgische Präsident Michail Saakaschwili beging den tragischen Fehler, einen militärischen Angriff auf die pro-russische abtrünnige Region zu befehlen, aber es besteht kaum ein Zweifel daran, dass der Einmarsch Russlands in Georgien auch ein Signal an die NATO war, sich von seinen Grenzen fernzuhalten.

Russlands militärischer Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 ist ungerechtfertigt und stellt eine grobe Verletzung des Völkerrechts dar. Noam Chomsky stellt den russischen Einmarsch in die Ukraine in eine Reihe mit dem Einmarsch der USA in den Irak und dem Einmarsch Hitler-Stalins in Polen [7]. Dennoch kann niemand die Tatsache übersehen, dass die russische Führung den Westen seit Jahrzehnten vor der NATO-Osterweiterung gewarnt hat. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass die USA den russischen Bären in der Zeit nach dem Kalten Krieg nicht absichtlich provoziert haben. Wie John Mearsheimer im Zusammenhang mit dem aktuellen Einmarsch in der Ukraine dargelegt hat [8], begannen die Probleme eigentlich auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008.

Doch all dies scheint den Führern der NATO und der USA egal zu sein. Im Gegenteil, sie sind entschlossen, die Provokation und Aggression zu verdoppeln. Auf dem Madrider Gipfel fassten die NATO-Staats- und Regierungschefs weitreichende Beschlüsse, die zu globaler Instabilität und noch viel Schlimmerem führen könnten.

Die NATO bezeichnete Russland als «direkte Bedrohung» für den Frieden und die Sicherheit ihrer Mitglieder. Das ist eine abenteuerliche Vorstellung, denn damit impliziert die NATO, dass Russland Pläne für einen Angriff auf westliche Hauptstädte hat.

Die Vorstellung, dass Russland eine militärische Bedrohung für den Westen darstellt, ist so lächerlich wie die Aussage der republikanischen Abgeordneten im US-Kongress Marjorie Taylor Greene, dass «Kinder mit Schusswaffen ausgebildet werden sollten».

In Wirklichkeit ist es die NATO, die eine direkte Bedrohung für die russische Sicherheit darstellt.

Mit der Verabschiedung des neuen strategischen Konzepts werden die USA ihre militärische Präsenz (mit mehr Truppen, Kampfflugzeugen und Schiffen) auf europäischem Boden erheblich ausweiten. Damit ist das existenzielle Dilemma Europas, ein Vasall der USA zu sein oder nicht, endlich gelöst.

Mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens ist die NATO-isierung Europas nahezu abgeschlossen. Die einzigen EU-Mitgliedstaaten, die noch nicht der NATO angehören, sind Österreich, Zypern, Irland und Malta.

Zu eindeutigen Verteidigungszwecken wird die NATO natürlich auch die Zahl der Truppen an der Ostflanke, die Russland am nächsten liegt, massiv aufstocken, und die Zahl der Truppen, die in höchster Alarmbereitschaft sind, wird auf weit über 300'000 ansteigen, verglichen mit den 40'000 Truppen, die derzeit die schnelle Eingreiftruppe des Bündnisses bilden.

Man sollte sich darüber nicht täuschen. Das neue strategische Konzept läuft auf die Wiederbelebung und das Wiederaufleben einer alten NATO-Vision hinaus, die nichts anderes ist als die Sicherung der Bedingungen für die Reproduktion der globalen Hegemonie der USA.

Aus diesem Grund wurden die regionalen Partner der NATO – Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea – zum ersten Mal zur Teilnahme an einem NATO-Gipfel eingeladen. Der indo-pazifische Raum hat sich zu einer der dynamischsten Regionen der Welt entwickelt, und dort befindet sich auch China. Das Streben nach globaler Hegemonie seitens der US-geführten, westlich orientierten Armeen erfordert Massnahmen zur Bewältigung bestehender, neuer und künftiger Bedrohungen und Herausforderungen.

Dementsprechend erklärten die Staats- und Regierungschefs der NATO China zum ersten Mal zu einer sicherheitspolitischen Herausforderung. Sie scheuten davor zurück, das Land aus verschiedenen Gründen als «Gegner» zu bezeichnen, auch wenn die Beziehungen zwischen den USA und China in der Tat recht feindselig sind.

Erstens sind die Volkswirtschaften Chinas und der Vereinigten Staaten eng miteinander verflochten. China aus der globalen Versorgungskette und den Schlüsselindustrien auszuschliessen, ist für die Vereinigten Staaten zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine nahezu unmögliche Aufgabe. China ist auch der grösste Handelspartner der Europäischen Union. Daher haben weder Europa noch die Vereinigten Staaten ein starkes Interesse daran, China als Gegner zu behandeln.

Zweitens: Während Russland militärisch eingedämmt werden kann, ist dies bei China nicht möglich. Nur eine direkte militärische Konfrontation mit China kann das Wachstum seiner militärischen Vorherrschaft in Ostasien aufhalten. China liegt jedoch ausserhalb der Interessensphäre der NATO, und obwohl die USA versuchen werden, eine Brücke zwischen den euro-atlantischen und den indo-pazifischen Bündnissen zu schlagen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die europäischen Staaten in Bezug auf den indo-pazifischen Raum der Sichtweise der USA anschliessen werden.

In der Tat sollte man nicht erwarten, dass die europäischen Bürger militärische Abenteuer im Ausland unterstützen. Aus einer kürzlich vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten der EU veröffentlichten Umfrage geht hervor [9], dass die europäischen Bürger in den ersten hundert Tagen des russischen Krieges gegen die Ukraine zwar die westliche Intervention und die Wirtschaftssanktionen unterstützten, dass aber «jetzt in allen Ländern, mit Ausnahme Polens» die öffentliche Stimmung für den Frieden ist. Die Umfrage zeigt eine

wachsende Kluft zwischen den erklärten Positionen vieler europäischer Regierungen und der öffentlichen Stimmung in ihren Ländern. Nur in Polen, Deutschland, Schweden und Finnland gibt es eine substantielle öffentliche Unterstützung für eine Erhöhung der Militärausgaben.

Das neue strategische Konzept der NATO kommt zu einem kritischen Zeitpunkt in der Entwicklung des internationalen Systems nach dem Kalten Krieg, in dem Unsicherheit vorherrscht und die dominierenden Akteure nukleare Grossmächte sind. Es handelt sich in der Tat um ein leichtsinniges und höchst gefährliches Vorgehen, das die Feindseligkeit zwischen Russland und dem Westen sowie das Misstrauen zwischen den USA und China verstärken und höchstwahrscheinlich die autoritäre Achse Russland-China festigen wird. Alle Voraussetzungen für den Ausbruch eines totalen Krieges sind gegeben.

Es überrascht nicht, dass Peking die NATO bereits wegen ihres sogenannten neuen strategischen Konzepts kritisiert hat, und der chinesische Präsident Xi Jinping, vielleicht in Erwartung der weitreichenden Beschlüsse der NATO-Staats- und Regierungschefs auf dem Madrider Gipfel, sicherte Putin Mitte Juni die Unterstützung Chinas für die russische «Souveränität und Sicherheit» zu [10].

Putin warnte seinerseits Finnland und Schweden [11], dass es symmetrische Reaktionen von Russland geben werde, falls dort «militärische Kontingente und militärische Infrastrukturen» stationiert würden, was die Stationierung von Atomwaffen in der Ostseeregion einschliesst.

Die Zukunft sieht düster aus. Die NATO hat auf dem Madrider Gipfel Beschlüsse gefasst, die sehr wohl zum Ausbruch eines globalen Kalten Krieges führen können. In diesem Sinne verfolgt die NATO weiterhin denselben Weg der Konflikteskalation, nur dass ihre endlose Expansionspolitik jetzt die Aussicht auf ein Armageddon vergrössert.

QUELLE: NATO'S EXPANSION AND NEW STRATEGIC CONCEPT BROADEN THE PROSPECT OF ARMAGEDDON

ÜBERSETZUNG: FREE21.ORG

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-comeback-der-nato-koennte-im-armageddon-enden-eine-duistere-zukunft-liegen-vor-uns/>



Ein Artikel von: Jens Berger, 5. August 2022 um 12:30

Olaf Scholz ist extra nach Mülheim an der Ruhr gereist, um sich medienwirksam vor der Turbine ablichten zu lassen, die derzeit Gegenstand einer Posse zwischen Deutschland und Russland ist. Die Botschaft ist klar: Weil Russland mit uns seine Spielchen spielt und zu wenig Gas liefert, müssen wir uns auf einen harten und vor allem teuren Winter einstellen. Doch das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Es ist richtig, dass die russischen Erdgaslieferungen seit Mitte Juni massiv zurückgegangen sind. Aber das allein erklärt nicht die horrenden Preise, die deutschen Verbrauchern ab Herbst abverlangt werden. Eine mindestens genau so grosse Schuld daran trägt die Liberalisierung des europäischen Gasmarkts und die völlig dysfunktionale Preisbildung an den Energiebörsen. Gasproduzenten und Spekulanten machen einen Milliardenreichtum mit der Not und der deutschen Volkswirtschaft gehen die Lichter aus. Aber Hauptsache, man hat einen Schuldigen und der sitzt in Moskau. Von Jens Berger.

Die deutsch-russische Gaspartnerschaft hat eine lange Geschichte. Bereits in den späten 1950ern waren es deutsche Stahlkonzerne, die sich über die US-Exportverbote hinweggesetzt haben und durch ihre Röhrenlieferungen die Erschließung der westsibirischen Öl- und Gasvorkommen erst möglich gemacht haben. 1962 drängten die USA die Adenauer-Regierung, den Export von Grossrohren in die Sowjetunion durch ein

Embargo zu beenden. Dieses Embargo wurde 1969 durch die neue Regierung Willy Brandt aufgehoben und ein Jahr später waren es die westdeutschen Konzerne Mannesmann und Ruhrgas, die – finanziert von der Deutschen Bank – das Jahrhundertgeschäft mit der Sowjetunion abschlossen, das die Grundlage für die Versorgung der Bundesrepublik und später anderer westeuropäischer Staaten mit russischem Erdgas über das immer grössere Pipelinenetz darstellte.

Der Preis für das russische Gas wurde dabei bis in die späten 1990er ausschliesslich über langfristige Preisklauseln bestimmt, die sich vor allem am Ölpreis orientierten und damit Planungssicherheit für Ein- und Verkäufer sowie die Stadtwerke und deren Endkunden boten. Dass die Preise dabei durch die Monopolstruktur auf dem Markt etwas – einige Quellen schätzen 20 Prozent – zu hoch war, war eine Randnotiz, mit der alle Beteiligten leben konnten. Doch in den 1990ern kam im Westen der Irrglaube auf, der Markt könne alles besser regeln. So wurde 1998 durch die Energierechtsnovelle der EU der EU-Binnenmarkt für Erdgas formal liberalisiert, doch erst sieben Jahre später gab auch die Bundesregierung richtig Gas bei der Liberalisierung. Man gründete 2005 die Bundesnetzagentur, 2006 wurden alle Endkundenverträge für kartellrechtswidrig erklärt und 2007 öffnete dann der Gashandel im Spot- und Terminmarkt an der Leipziger Energiebörse EEX.

Waren 2010 nur 15 Prozent der Lieferverträge zwischen Gazprom und ihren europäischen Kunden an den Börsenpreis für Erdgas gekoppelt – der Rest waren Altverträge mit Ölpreisbindung – waren es 2015 bereits 87 Prozent. Heute werden wohl fast alle Lieferverträge zwischen Gazprom und ihren deutschen Kunden eine Preisklausel haben, die den Gaspreis an den Börsenpreis für Erdgas koppelt. Und genau das ist der eigentliche Grund für die hohen Gaspreise, die ja bereits vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine deutlich angezogen haben. Denn obwohl heute alle Lieferungen anhand des Börsenpreises bepreist sind, werden nur 30 Prozent der Lieferungen tatsächlich über die Börse gehandelt. 70 Prozent gehören zum Volumen eben jener langfristigen Lieferverträge zwischen Gazprom und europäischen Grosshändlern, die ihrerseits die Endkunden direkt oder indirekt über die Stadtwerke versorgen. Der grösste Teil der Gasmenge wird also gar nicht an der Börse gehandelt, aber dennoch anhand des Börsenkurses bepreist.

Wann wird Gas eigentlich überhaupt über eine Börse gehandelt? Hier kommt die Betriebswirtschaft ins Spiel. Die Abnahme von Gas ist nicht konstant und der Einkauf ist daher schwer zu planen. Haben wir einen milden Winter, wird von den Haushalten wesentlich weniger Gas verbraucht und der Verbrauch der Industrie ist konjunkturabhängig. Die Gaslieferverträge der grossen Importeure haben jedoch eine «Take-or-Pay»-Klausel – das heisst, sie müssen die vertraglich vereinbarte Menge auch dann bezahlen, wenn sie gar nicht so viel abnehmen. Daher haben sie einen Anreiz, nur so wenig Gas über langfristige Verträge abzusichern, wie sie garantiert loswerden. Fällt der Winter kälter aus, müssen sie die nötigen Zusatzmengen an der Börse kaufen. Und wenn – wie während des Corona-Lockdowns – die Konjunktur einbricht und die Industrie so wenig abnimmt, dass es trotz niedriger Kalkulation dazu kommt, dass man zu viel eingekauft hat, wird das überschüssige Gas an der Börse verkauft. Diese Mechanismen führen dazu, dass die Börsenpreise für Gas – auch ganz ohne Manipulation – volatil sind und bei Änderungen der Rahmenbedingungen übermässig nach oben oder unten ausschlagen. Daher macht die Liberalisierung und die Bepreisung über eine Börse bei Gas auch gar keinen Sinn; es liegt schliesslich nicht an der Effizienz der Marktteilnehmer, sondern ausschliesslich an externen Faktoren wie dem Klima und der Konjunktur, ob es einen Bullen- oder Bärenmarkt gibt. Und diese Rahmenbedingungen gelten für alle Marktteilnehmer und führen so zu Rückkoppelungen und grotesken Preisbewegungen.

Nur wer das versteht, versteht auch, warum die Gaspreise im letzten Jahr plötzlich durch die Decke gingen. Durch die global wieder anziehende Konjunktur stiegen die Börsenpreise, da sich viele Versorger offenbar nicht ausreichend über langfristige Verträge abgesichert hatten. Nun erwartete man im Westen, dass Russland über die bestehenden langfristigen Lieferverträge hinaus zusätzlich grosse Mengen an Gas nach Europa transportiert, das dann über die Börsen eingekauft werden kann. Doch diesen Gefallen tat Gazprom dem Westen nicht. Warum auch? Da die grossen Volumen der langfristigen Verträge ja mittlerweile – übrigens gegen den Wunsch Gazproms(!) – an den Börsenpreis gekoppelt waren, hatte Gazprom nicht das geringste betriebswirtschaftliche Interesse daran, den Börsenpreis durch zusätzliche Lieferungen wieder nach unten zu bewegen und sich so selbst zu schaden. Im Westen hiess es jedoch, dies sei eine ausgeklügelte Erpressung, um die Genehmigung von Nord Stream 2 zu beschleunigen. Entweder man hat hierzulande überhaupt nicht verstanden, in welche Falle man sich durch die Liberalisierung des Marktes und die Bepreisung langfristiger Verträge anhand des Börsenkurses gebracht hat, oder man hat dies sehr wohl verstanden, wollte jedoch mit dem ausgestreckten Finger auf Putin vom eigenen Versagen ablenken.

Quelle: Bundesnetzagentur

Und dann kamen der Krieg und die offenen Drohungen der EU, möglichst schnell ein Gasembargo gegen Russland zu verhängen. Die Preise an den Börsen gingen durch die Decke und es herrschte absolute Unsicherheit, wie sich die physischen Gaslieferungen in absehbarer Zukunft entwickeln würden. Nun wollte im Sommer kein Versorger oder Grosshändler, der noch halbwegs bei Verstand ist, grössere Mengen zum Börsenpreis einkaufen. Man darf sich das so vorstellen: Im Sommer herrscht auf dem Gasmarkt normalerweise Flaute, da die Haushalte wenig Gas verbrauchen. Versorger nutzen die niedrigen Preise dann, um

Volumen für den Winter bereits einzukaufen und in den Gasspeichern einzulagern. Doch in diesem Sommer gehen die Preise durch die Decke und wenn Gazprom im Herbst plötzlich doch wieder alle Förderhähne aufdreht und der Preis an den Börsen kollabiert, würden die Versorger, die im Sommer zu Höchstpreisen Gas eingekauft und eingelagert haben, massive Verluste machen. Es kam, wie es kommen musste: Der Markt brach zusammen und wieder gab man nicht der Privatisierung und der Kopplung des Gaspreises an den Börsenpreis für Gas die Schuld, sondern Russland.

Mittlerweile ist es fragwürdig, ob Gazprom zurzeit die bestehenden Lieferverträge bedient. Da auf der Abnehmerseite jedoch durch die Eingriffe der Netzagentur sich die Rahmenbedingungen ebenfalls geändert haben, kann man hierzu als Aussenstehender, der keinen Einblick in die Verträge hat, wenig sagen. Was jedoch passiert ist, ist, dass die Bundesnetzagentur im Einklang mit dem ausgerufenen Gasnotstand seit Beginn Juni den Einkauf von Gas unter eine Art Zwangsverwaltung gestellt hat. Die Firma Trading Hub Europe (THE), eigentlich ein kleinerer, vorrangig technischer Dienstleister im Gasmarkt, hat nun die hoheitliche Aufgabe, den Markt sprichwörtlich leerzukaufen und die nationalen Gasspeicher mit der technisch maximalen Menge pro Tag zu füllen. Das sind 504'000 Megawattstunden pro Tag – mehr als aus Russland zurzeit geliefert wird. Auf den Preis soll THE dabei nicht achten, sondern blindlings zu jedem aufgerufenen Preis einkaufen. Das Gros der Importe kommt aktuell aus Norwegen, den Niederlanden und Belgien; letzteres sind vor allem LNG-Lieferungen, die über Antwerpen ins Verbundnetz eingespeist werden. Deutschland kauft also derzeit ohne Sinn und Verstand den Markt leer.

Quelle: Bundesnetzagentur

In den Wirtschaftswissenschaften weiss man, dass sich ein Preis immer aus Angebot und Nachfrage zusammensetzt; vor allem an den Börsen funktioniert der Preismechanismus exakt so. Richtig problematisch wird es immer dann, wenn man zwar marktwirtschaftliche Mechanismen zum Leitfaden erklärt, dann jedoch diese Mechanismen ignoriert und ohne Sinn und Verstand entgegen marktwirtschaftlicher Logik handelt. Wenn kein Importeur zu den aufgerufenen Preisen einkaufen will, sinkt die Nachfrage. Und wenn die Nachfrage sinkt und es zu einem Überangebot kommt, sinkt der Preis. Diese jetzige Blase wäre also gar nicht entstanden, hätte man nicht künstlich in den Markt eingegriffen. Wenn nun aber der Grossteil der physischen Gasströme gar nicht über die Börse gehandelt wird, es ausser der THE keinen Einkäufer an der Börse gibt und jeder Marktteilnehmer weiss, dass die THE am Ende des Tages ohnehin 504'000 Megawattstunden zu jedem Preis einkauft, der aufgerufen wird ... was meinen Sie, in welche Richtung sich der Börsenpreis entwickelt?

Es ist daher auch kein Zufall, dass der Handelspreis, der vor dem Ausrufen des Notstands und vor der Einschaltung der THE als nationalen Grosseinkäufer bei rund 80 Euro pro MWh lag, sich kurz danach nur noch in eine Richtung bewegt hat und heute – nur zwei Monate später – bei über 200 Euro pro MWh liegt. Der hohe Börsenpreis ist also eine direkte Folge des verhängten Gasnotstands und der Strategie, gigantische Mengen unabhängig vom Preis an der Börse einzukaufen.

Aber was soll man auch machen? Die norwegische Statoil, die niederländische Gasunie und die zahlreichen, meist US-amerikanischen LNG-Anbieter nutzen die Liberalisierung halt auf ihre Art und Weise und die Bundesregierung wird sie kaum zwingen können, ihr das begehrte Gas zu einem Sonderpreis zu verkaufen. Mit der Liberalisierung des Gasmarktes wurden die Rahmenbedingungen geschaffen, die jetzt zu einer tödlichen Falle für uns werden.

Stellt sich die spannende Frage, wer eigentlich die Rechnung der THE bezahlt. Geld hat das kleine Unternehmen natürlich nicht. Bezahlt wird das Gas an den Börsen mit der Kreditlinie, die die staatliche Förderbank KfW der THE zur Verfügung stellen muss – das sind grosszügige 15 Milliarden Euro. Dieses Geld kommt für die THE im Herbst und Winter wieder rein – dann, wenn die Versorger das Gas aus den Speichern kaufen müssen, das der THE gehört. Und dieses Geld holen sich die Versorger dann natürlich von den Endkunden wieder. Kein Wunder also, dass viele Versorger schon jetzt prophylaktisch den Endkundenpreis mehr als verdoppeln. Das Geld, das momentan mit beiden Händen an der Energiebörse ausgegeben wird, ist also genau das Geld, das wir in den nächsten Monaten und Jahren als Aufschlag auf unserer Verbrauchsabrechnung wiederfinden. Rechnerisch sind es also wir, die zurzeit ohne Sinn und Verstand den Markt zu grotesk überbewerteten Preisen leerkaufen.

Da freuen sich die Gaslieferanten aus den Niederlanden, Norwegen und den USA. Und dass bei einem derart dysfunktionalen Markt an der Energiebörse so mancher Trader sein Glück gar nicht fassen kann, kann auch als gesetzt angenommen werden. Wie soll es auch anders sein, wenn ein staatlich beauftragter und mit nicht endlichen finanziellen Mitteln ausgestatteter Amateureinkäufer an der Börse gegen professionelle Handelsabteilungen von Finanz- und Energiekonzernen zockt, die über alle nötigen Netzwerke, Algorithmen und jede Menge Knowhow verfügen? Auch deren Gewinne sind am Ende Teil unserer Gasrechnung. Aber schuld daran ist natürlich Putin; wer auch sonst?

Gäbe es denn eine Lösung für dieses Dilemma? Natürlich. Würde der Markt jetzt mit Gas geflutet, würde die Blase an den Gasbörsen binnen Sekunden zusammenbrechen. Auch hier überreagieren die Märkte nämlich gnadenlos. Ein Anruf in Moskau würde genügen. Und wenn man über seinen Schatten springen und die betriebsbereite Pipeline Nord Stream 2 öffnen würde, wäre der ganze Spuk mit einem Schlag vor-

bei. Doch das will die Bundesregierung ja nicht. Die Kosten für dieses Politikversagen zahlen ja am Ende ohnehin wir.

Titelbild: © Bundesregierung/Kugler

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86619>

## Leserbriefe zu «Ist nur Russland schuld an den hohen Gaspreisen?»

14. August 2022 um 14:00; Ein Artikel von: Redaktion

In diesem Artikel widerlegt Jens Berger die Behauptung, Russland allein sei verantwortlich für «die horrenden Preise, die deutschen Verbrauchern ab Herbst abverlangt werden». Über Jahrzehnte wurde «die Liberalisierung des europäischen Gasmarkts und die völlig dysfunktionale Preisbildung an den Energiebörsen» in Europa und vor allem Deutschland vorangetrieben, was zur Folge habe, dass «Gasproduzenten und Spekulanten» sich enorm bereicherten und die deutsche Volkswirtschaft ruiniert werde. Eine Lösung sieht Jens Berger in der Öffnung der «betriebsbereiten Pipeline Nord Stream 2», der Flutung des Marktes mit Gas, was «die Blase an den Gasbörsen binnen Sekunden zusammenbrechen» lassen würde. Wir danken für die Leserbriefe, die Ala Goldbrunner für Sie zusammengestellt hat.

### 1. Leserbrief

Vorweg – ich war auch vor meinem Austritt aus der SPD nie ein besonderer Anhänger von Gerhard Schröder, schon gar nicht als Bundeskanzler. In der heutigen Situation sehe ich in ihm allerdings einen der wenigen aus der deutschen Parteienlandschaft, dem es auf Grund seiner Freundschaft mit Wladimir Putin gelingen könnte, beide Kriegsparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Das allerdings nur wenn Störfeuer aus befehlenden NATO-Kreisen, die keinen Verhandlungsfrieden wollen, ausbleiben.

Und was kann man tagtäglich von der Regierung und in nahezu allen Medien, die zwar immer ein Ende des Krieges fordern, aber gleichzeitig alles dafür tun, dass das Töten auf beiden Seiten nicht beendet wird, lesen, sehen und hören? Russophobie, immer neue Verteufelungen des Aggressors (natürlich ohne auf die Ursachen bzw. Erfordernis der Aggression einzugehen), Forcieren der eigenen Hochrüstung und Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine.

Und jetzt kommt doch tatsächlich Gerhard Schröder und versucht nach einem Besuch bei seinem Freund in Moskau zu vermitteln. Um endlich zu Friedensgesprächen zu kommen. Und um Schaden für Deutschland vielleicht doch noch abzuwenden! Und was passiert? Er wird in den Medien förmlich zerrissen. Als Gaslobbyist! Wegen seiner Freundschaft zu Putin! Freundschaft zu einem solchen Despoten? Nein, das darf doch nicht sein! Nein, das geht ja gar nicht!

Sind persönliche Freundschaften gleichzusetzen mit Freundschaft zu Staaten? Sind persönliche Freundschaften heutzutage überhaupt nichts mehr wert? Ist es das was unserer Jugend über den Begriff «Freundschaft» vermittelt werden muss?

Ein anderer Bundeskanzler hat die Namen «seiner» Spender im Untersuchungsausschuss zum CDU-Partei-spendenskandal aus Freundschaft zu ihnen nicht verraten. Ein Ehrenmann ist er über seinen Tod hinaus bis heute geblieben. Deswegen medial zerrissen worden? Ich müsste etwas verpasst haben.

Man sollte in der jetzigen Zeit Gerhard Schröder eigentlich dankbar sein. Er hat als Kanzler ebenfalls den Eid geschworen, in dem es heisst: «... meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde ...»

Er hält sich jedenfalls auch als Altkanzler an die Eidesformel, was man bei der gegenwärtigen USA-hörigen (H)Ampel-Regierung nicht erkennen kann.

Ich danke den NDS, dass man seine Gedanken hier noch in Leserbriefen zu Papier bringen kann. In den Mainstream-Medien verschwinden sie auf Nimmerwiedersehen.

Viele Grüße an das gesamte Team

Udo Hellmann

### 2. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

seit vielen Jahren bin ich täglicher Leser der Artikel auf den Nachdenkseiten, die mir in den letzten Jahren immer wieder Hoffnungen gaben, denn ich sah, dass ich nicht alleine stehe und das auch viele andere die politische Entwicklung in unserem Land mit Schrecken und ja, auch mit Angst verfolgen.

Für all die Arbeit, die Sie und das gesamte Team der Nachdenkseiten leisteten und leisten, möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken.

Die Frage in der Überschrift haben Sie ganz klar und deutlich beantwortet: Nein, nicht Russland trägt die «alleinige Schuld» an diesem ganzen Irrsinn.

Ganz nebenbei haben Sie auch eine gar nicht gestellte Frage beantwortet: Wer verdient eigentlich wie an einem Krieg?

Gerade wurden die Quartalszahlen der Energiekonzerne veröffentlicht, im 2. Quartal 2022 verdiente allein Shell 18 Mrd. €.

Um es mal wirken zu lassen: 18 Mrd. € sind gleich achtzehntausend Millionen, und das in einem einzigen Quartal! Das ist eine Verfünfachung des Ergebnisses zum 2. Quartal 2021.

Und Shell ist nur *ein* Energie-Konzern, es gibt Dutzende weitere.

(Über die Gewinne der Rüstungskonzerne, das 2% Ziel vom BIP, 100 Mrd. € Sondervermögen für das Militär usw. will ich hier gar nicht mehr reden).

Mich persönlich machen solche Informationen wütend, ja geradezu rasend, ich rede mit Freunden und Bekannten darüber, wir sind uns alle einig, das es so nicht mehr weiter gehen kann ... und dann?

Dann stellen wir fest, dass wir all das schon wissen, dass es nicht neu für uns ist und das wir die «Andersdenkenden» eh nicht erreichen und gehen wieder unseren Tagesgeschäften nach, wir steigen in unser Hamsterrad und rennen weiter. Nun will ich aber nicht mehr weiter rennen sondern aussteigen.

Ich wünsche mir Proteste gegen die irrationale Politik der Regierung, ich wünsche mir Bürgerproteste für eine sofortige Inbetriebnahme von Nordstream 2, ich wünsche mir die sofortige Wiederherstellung von Freundschaft und partnerschaftlichen Verhältnissen zu Russland und und und.

Aber was genau kann ich jetzt tun?

Ich bin nicht so gut vernetzt, als das ich Hunderte oder Tausende auf die Strasse rufen kann, aber untätig möchte ich nicht bleiben.

Haben Sie eine Idee?

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Hartmann, Berlin

### **3. Leserbrief**

Sehr geehrter Herr Berger!

Danke für einen erneuten Artikel mit Fakten und Hintergründen. Dieses Mal über den Gasfake seitens EU und Bundesregierung.

Könnten Sie diesen Artikel mal an die Tagesthemen oder irgendwas im ZDF freigeben? Ich weiss, ich musste bei diesem Gedanken selber lachen. Da ich die Gasgeschichte auch schon länger verfolge, war mir das dann spätestens letztes Jahr im Sommer klar, was abgeht. Von Krieg weit und breit keine Spur, ausser dem der EU gegen ihre Bürger. Der Gesetzgeber bereitet juristisch den Boden dafür, dass sich jemand extrem bereichert auf Kosten der Allgemeinheit. Und diese kann sich nicht wehren. Und völlig grundlos. Das sind Kriminelle, nichts anderes. Bitte bringen Sie Ihr Wissen unter die Leute! Alle müssen kapieren was hier läuft.

Beste Grüsse, L. Bauer

### **4. Leserbrief**

Lieber Herr Berger,

vielen Dank für Ihren sehr guten Beitrag.

Angesichts der sich zuspitzenden Situation wird offenbar zurzeit alles unternommen, um die Lösung über Nord Stream 2 auszuschliessen. Die Aussage von Altmayer, so schwachsinnig sie auch ist, gibt davon ein Beispiel.

Die Brandbriefe verschiedener Kreishandwerkerschaften lassen eine Ahnung aufkommen, welche katastrophalen Auswirkungen diese Politik auf den Mittelstand hat.

Aus diesem Grunde würde mich interessieren, mit welchen konkreten Sanktionsmassnahmen die USA Deutschland erpresst haben bzw. erpressen, damit Nord Stream 2 nicht ans Netz geht. Ganz allgemein wäre es interessant, über die Grössenordnung dieser Erpressung etwas zu erfahren. Für den Fall der Schweiz ist das Interview mit dem ehemaligen Nachrichtendienstmitarbeiter Jaques Baud z.B. sehr aufschlussreich. Dort war klar, dass die finanziellen Verflechtungen des Finanzsektors mit den USA auf der Kippe stehen würden, wenn die Schweiz nicht im Interesse der USA handelt.

[apolut.net/spotlight-jacques-baud-ueber-ultranationalisten-in-der-ukraine/](http://apolut.net/spotlight-jacques-baud-ueber-ultranationalisten-in-der-ukraine/)

Insofern nochmal die Frage: Haben Sie Informationen darüber, welche Sanktionen es im Falle von Nord Stream 2 sind?

Um auf Ihren Artikel zurückzukommen: Ich schätze Ihre Arbeit sehr und frage mich nur, wie solche Informationen noch weiter verbreitet werden können.

Viele Grüsse

Gunnar Binda

### **5. Leserbrief**

Hallo Jens Berger,

wir trafen uns in Berlin anlässlich deiner Buchvorstellung «Black Rock» im Foyer der Uraia 13. März 2020 Urania Berlin, An der Urania 17, 10787 Berlin

mit dem Bericht vom 5.8.22 haben Sie eine kurzgefasste, ungeheuer informative und längst überfällige Zusammenfassung der ökonomischen Hintergründe der Gaspreisentwicklung zusammengestellt, der auch für Laien durchsichtig wichtige Zusammenhänge erläutert.

Vielen Dank und freundliche Grüße aus Kaiserslautern  
Michael Schaal

## 6. Leserbrief

Nein, Russland ist gar nicht schuld.

Dass es eine Börsenpreisfindung gibt war nicht die Idee Russlands, die langfristige Verträge wollen, sondern ein Schildbeamtenstreik aus der EU, der Europäischen Kommission.

Und warum Russland gerade sehr wenig liefert hat Thomas Röper hier gut beschrieben. Im Prinzip geht es darum, dass die westlichen Sanktionierer wieder tricksen wollen und vertragswidrig mit den Auslieferungen der erwarteten Turbinen umgehen (dürfte eigtl. gar nicht durch deutsche Hände gehen), was aber Gazprom aus Vorsicht nicht mitmacht und auf Sanktionsfreiheitsbestätigungen der beteiligten Länder Kanada, Deutschland, GB, besteht, aber nicht bekommt.

Ansonsten, die ganze Malaise in umgekehrt chronologischer Reihenfolge.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Scholz

**Antwort Jens Berger:** Also kurz gefasst: Russland nimmt die Turbine von Deutschland nicht an, da Kanada und Deutschland den Geist ihrer Sanktionen gegen Russland verletzt hätten. Entschuldigung, aber das ist doch Kindergarten. Ich habe vollstes Verständnis für die Russen und ihren Denkwort an die Bundesregierung. Aber diese Erklärung ist doch wirklich peinlich. Warum sagt man nicht einfach: «Ihr wollt Sanktionen? Da habt ihr sie!»?

Liebe Grüße

Jens Berger

## Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.

hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.

videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.

redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer «Gebrauchsanleitung».

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86880>



Ein Artikel von Marcus Klöckner; 12. August 2022 um 11:38

«Der Krieg in der Ukraine ist bei uns medial am 24. Februar 2022 ausgebrochen. Jedoch gibt es diesen Krieg schon seit über acht Jahren gegen die russische Zivilbevölkerung in der Ostukraine.» Das sagt der ehemalige Triathlet und Extremschwimmer Marco Henrichs im NachDenkSeiten-Interview. Henrichs, der

auch über einige Jahre unter anderem als Schwimmtrainer den russischen Schwimmsport repräsentiert hat, hatte bereits im Januar 2020 im Interview mit den NachDenkSeiten grosse Sorge um die Entwicklungen in Sachen Russlandpolitik geäußert. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen meldet er sich nochmal zu Wort. Von Marcus Klöckner.

*Herr Henrichs, unser letztes Interview hat im Januar 2020 stattgefunden. Die Überschrift lautete damals: «Ein Krieg mit Russland wird sich in Europa abspielen». Sie haben damals die NATO im Hinblick auf den Umgang mit Russland scharf kritisiert und gesagt, es werde «gelogen, bis sich die Balken biegen». Mittlerweile sind zweieinhalb Jahre vergangen. Haben Sie mit dem, was sich nun zwischen «dem Westen» und Russland abspielt, gerechnet?*

«Leider hatte ich mit meiner Kriegsprognose damals recht gehabt. Ich bin nun seit 2015 in vielerlei Hinsicht mit der Russischen Föderation verbunden. Zunächst über den Sport, später auch sportpolitisch und seit drei Jahren auch familiär. Durch den sportpolitischen Bereich hatte ich über Jahre hinweg immer wieder Berührung mit der deutsch-russischen Parlamentariergruppe im Bundestag sowie der russisch-deutschen Parlamentariergruppe der Staatsduma. Das Thema NATO-Osterweiterung war dort immer wieder ein Thema. Auf deutscher Seite gab es immer wieder hinter vorgehaltener Hand Stimmen, dass es auf Grund der NATO-Osterweiterung und unserer Sanktionspolitik gegen Russland irgendwann «knallen wird». Dass die Grünen und die SPD bei der Bundestagswahl 2021 mehr oder weniger in die Bundesregierung gestolpert sind, hat im Russland-Ukraine/Deutschland-Konflikt zusätzlich als Katalysator gewirkt. Gerade unsere Aussenministerin Annalena Baerbock hat von Beginn an durch ihre US-hörige Politik gespickt mit Inkompetenz in Russland, aber auch Deutschland für viel Kopfschütteln gesorgt. Kurz gesagt habe ich mit der aktuellen Situation gerechnet.

*Mittlerweile sehen wir einen offenen Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Wie blicken Sie auf das Geschehen? Was passiert dort Ihrer Meinung nach?*

Krieg sollte zunächst nie eine Lösung sein und der Dialog sollte bei allen Beteiligten stets im Vordergrund stehen. Der Krieg in der Ukraine ist bei uns medial am 24. Februar 2022 ausgebrochen. Jedoch gibt es diesen Krieg schon seit über acht Jahren – und zwar gegen die russische Zivilbevölkerung in der Ostukraine. Es hat hier im Westen nur niemanden interessiert bzw. ist sogar noch befeuert worden. Verbunden mit der NATO-Osterweiterung war es alles eine Frage der Zeit, bis es irgendwann in Richtung Eskalation geht. Ich möchte hier erwähnen, dass auch aus unserem unmittelbaren Bekanntenkreis u.a. ein russisches Ehepaar und deren Sohn (3 Jahre) 2018 Opfer vom ukrainischen Militär geworden sind. Eines der Schicksale von etwa 14'000 Toten, die in den letzten Jahren zu beklagen waren – die Dunkelziffer dürfte jedoch weitaus höher sein. Unsere öffentlich-rechtlichen Medien hatten u.a. 2014 über das Handeln der ukrainischen Regierung und deren Militär immer wieder kritisch berichtet. Heute habe ich das Gefühl, es ist verpönt, offen darüber zu sprechen. Im Gegenteil versucht man heute diejenigen, die es offen aussprechen, als Putinverteher, Verschwörungstheoretiker, Nazi etc. mundtot zu machen. Die alte Leier der vermeintlich Guten, um ihren westlichen Heiligenschein zu bewahren.

*Wie nehmen Sie die Berichterstattung wahr?*

Die Berichterstattung ist seit Jahren sehr einseitig und längst nicht mehr objektiv. Persönlich durfte ich das 2020 beispielsweise bei einem führenden deutschen Radiosender erleben. Es wurden Interviewfragen vorab besprochen bezüglich Sport und Gesellschaft zwischen Deutschland und Russland. Als das Interview begann, kamen jedoch von Beginn an komplett andere Fragen. Fragen mit an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfen, um nur ein Ziel zu verfolgen. Guter Deutscher – böser Russe. Das Interview hatte ich nach 20 Minuten abgebrochen mit der Forderung, die Aufzeichnungen zu löschen. Danach gab es eine hitzige Diskussion mit dem Journalisten, der sich meinen Vorwurf gefallen lassen musste, «dass hier genau das passiert ist, warum die Menschen zunehmend Vertrauen in den Journalismus verlieren, weil ihr nicht unabhängig berichtet, sondern nur eine klare politisch vorgegebene Linie verfolgt». So etwas passiert leider tagtäglich rund um das Thema Russland. Aussenstehende bekommen das natürlich nicht mit. Zu viele lesen aus führenden Tageszeitungen diesen täglichen Haltungsjournalismus und meinen, so funktioniert die Welt. Ohne jedoch zu hinterfragen, geschweige denn ihren Kopf und ihr Gewissen einzuschalten. Jemand, der das Leben in Russland kennt, kann die deutsche Berichterstattung über Russland längst nicht mehr ernst nehmen.

*Haben Sie noch ein konkretes Beispiel, woran Sie die Kritik an der Berichterstattung festmachen können?*

Aktuell wird die Ukraine in den demokratischen Himmel gehoben. Unterstützt von Sätzen aus der Politik wie «in der Ukraine verteidigen wir die westlichen Werte und unsere Demokratie». Das, obwohl es alles andere als demokratisch in der Ukraine zugeht, was man hier in Deutschland weder thematisieren noch hören möchte. Denn im Februar 2021 hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky beispielsweise per Erlass drei oppositionelle Nachrichtensender verbieten lassen. Das Verbot sah unter anderem den Entzug



der Sendelizenzen, TV-Frequenzen sowie die Sperre von Konten für vorerst fünf Jahre vor. Die Abschaltung der Sender ZIK, NewsOne und 112 erfolgte in der Hauptstadt Kiew sofort. Bei Presse- und Radioanstalten in der Ukraine gibt es ähnliche Beispiele. Hier in Deutschland hat man nahezu nichts davon mitbekommen. Jetzt malen wir uns dasselbe in Russland aus. Deutsche Sanktionen gegen Russland und die mahnende Scheinbetroffenheit aus der Politik würden wieder auf Hochtouren laufen. Bild, FAZ, Süddeutsche Zeitung etc. hätten wieder Stoff für Wochen. Bezogen auf den Erlass in der Ukraine drückt man da jedoch gerne mal ein Auge zu.

*Gerade hat sich auch Amnesty International mit Kritik an der Ukraine zu Wort gemeldet.*

Ja, das ist dann ein weiteres Beispiel. Nämlich: Dass das ukrainische Militär bewusst Schulen, Kindergärten oder zivile Hotspots als militärische Schutzschilder und Stellungen genutzt hat und noch heute nutzt, um es bei einem russischen Angriff auf ukrainische Stellungen so aussehen zu lassen, dass «Putins dämonische Russen Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser zerbomben». Wir kennen diese Meldungen aus unseren Medien zur Genüge. Ein Grossteil der Gesellschaft schluckt diese antirussische Pille stillschweigend.

Ähnlich ist es auch, wie man kollektiv faschistische Strukturen in der Ukraine stillschweigt. Jetzt stellen wir uns vor, eine Alice Weidel oder ein Björn Höcke würden sich mit Hitlergruss-Freunden oder Feinden der Black-Lives-Matter-Bewegung ablichten lassen. Ich denke, uns ist allen klar, dass sich die etablierten Parteien sowie die Presse- und Medienlandschaft auf sie stürzen und medial in Stücke zerreißen würden.

Wenn jedoch wie damals Ex-Aussenminister und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sich mit Ultrafaschisten-Führer Oleh Tjahnybok im Schulterchluss in Kiew präsentiert, drückt man gerne mal ein Auge zu. Das, obwohl der Parteivorsitzende der Allukrainischen Vereinigung «Swoboda» bekannt ist für seine Äusserungen wie «Judenschweine» oder Bilder mit Hitlergruss.

*Gerade war doch auch Innenministerin Nancy Faeser zu Besuch in der Ukraine. Auch da gab einen «Vorfall», Stichwort: T-Shirt.*

Auf einem gemeinsamen Pressefoto mit Arbeitsminister Hubertus Heil und Innenministerin Nancy Faeser trägt eine blonde Dame aus der Ukraine stolz ein T-Shirt mit der Aufschrift «Black Rifles Matter». In der extrem rechten Szene und in Neonazi-Kreisen ist dieses T-Shirt sehr beliebt. Zum einen steht es für die Verhöhnung der Bewegung «Black Lives Matter», zum anderen symbolisiert es die Bereitschaft zur Gewaltausübung. Doch Arbeitsminister Hubertus Heil und Innenministerin Nancy Faeser nehmen für ein Fototermin diese Frau, die ihr Herz offensichtlich am «rechten Fleck» hat, gerne in ihre Mitte. Über Beispiele wie diese könnte man Bücher schreiben.

*Wie sieht es mit der deutschen Politik aus? Was kritisieren Sie?*

In erster Linie kritisiere ich die Kriegsrhetorik vieler deutscher Politiker und die offensichtliche Hörigkeit und persönliche Abhängigkeit gegenüber Washington.

*Haben Sie ein Beispiel?*

Beispielsweise wirft der Bundesvorsitzende der CDU, Friedrich Merz, am 16. Juli in einem Tweet uns «Deutschen eine Kriegsmüdigkeit gegenüber Russland» vor. Mein Grossvater, der in beiden Weltkriegen bereits durch kriegsfreudige Anführer verheizt wurde, würde sich bei diesen Worten im Grabe umdrehen. Es ist Wahnsinn, dass ein deutscher Politiker, dann noch als «Christ-Demokrat, unserem Volk Kriegsmüdigkeit vorwirft. Zur Erinnerung – der 1. und 2. Weltkrieg brachten schätzungsweise 70 Millionen Tote.

Eine bewusste Verbreitung von Unwahrheiten seitens mancher deutschen Politiker bis hin zu bewussten Geschichtsverfälschungen ist ein weiteres Problem in unserer Politik.

*Was meinen Sie?*

Wie beispielsweise durch Herrn Michael Roth (Anm. d. R.: SPD – Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages). In Politiker-Kreisen zählt er ähnlich wie Norbert Röttgen zu den überzeugten Transatlantikern, der genauso überzeugend den Dialog mit Russland stets zu verhindern weiss und gerne auch mal Geschichtsfakten verdreht.

*Nämlich?*

In einer Talkrunde im «Korrespondenten Café» am 12.7.2022 in Berlin sagt der SPD-Politiker unter anderem: «Wenn es um die Durchsetzung Putins eigenen Interessen geht, scheut er vor nichts zurück und wir haben seit 2014 gesehen, den Krieg im Osten der Ukraine, dem rund 14'000 Menschen zum Opfer gefallen sind.» Auch hier stellt der SPD-Politiker die circa 14'000 bis Februar 2022 getöteten Menschen, davon mindestens 3500 Zivilisten, als ausschliessliche Opfer Putins dar. Dass jedoch laut UN-Bericht ein Grossteil der getöteten Zivilisten (rund 80 Prozent) auf das Konto der ukrainischen Armee und deren Artilleriebeschuss geht, lässt er in diesem Zusammenhang komplett unerwähnt.

Michael Roth gilt es zu kritisieren, da er meines Erachtens bewusste Geschichtsverfälschung betreibt. Er sagte: «Vergessen wir nicht, wir hatten 2008 den Georgienkrieg, der von Russland ausging und zu einer nachhaltigen Destabilisierung des Landes geführt hat ...»

Die Wahrheit ist jedoch, dass die nach dem Georgienkrieg von der EU eingesetzte Untersuchungskommission zu dem eindeutigen Urteil gekommen ist, dass der fünftägige Krieg zwischen Georgien und Russland vom georgischen Militär auf Befehl des damaligen Präsidenten Michail Saakaschwili begonnen wurde.

*Was müssten Politiker tun?*

Die Antwort ist, wenn auch recht plakativ, sehr einfach. Zur Abwechslung sollen sie einfach mal bei der Wahrheit bleiben und die Dinge von allen Perspektiven betrachtet offen so darstellen, wie sie sind – und nach vielen desaströsen Jahren der Sanktionspolitik gegenüber Russland, die mehr eigenen Schaden verursacht hat, wieder den Dialog mit Russland suchen. Und: Aufhören, Lobbypolitik für nationale und US-Rüstungsunternehmen sowie US-Grosskonzerne zu leben, und endlich mal wieder Politik deutscher Interessen verfolgen.

Das Hauptproblem sehe ich jedoch in der Zulassung unterschiedlicher Meinungen in unserem Land. Es ist doch seit vielen Jahren so, wer nicht in irgendeiner Art und Weise regierungskonform denkt, sofort als Nazi, Querdenker, Verschwörungstheoretiker, Putinverstehler etc. abgestempelt wird. Wir sind heute sogar schon so weit, dass die Friedensbewegung von Politik und Medien pauschal ähnlich diskreditiert wird. Nur mit dem einen Ziel, Andersdenkende und kritisch Denkende mundtot machen zu wollen. Dieses Schwarz-Weiss-Denken führt nur zu unnötigen Spannungen und Spaltung der Gesellschaft.

*Was sagen Ihre russischen Kontakte zu der Situation? Welche Sicht veranschlagen die? Würden Sie uns bitte davon etwas erzählen?*

Die meisten aus meinem Umfeld sind wie auch ich grundsätzlich gegen Waffengewalt. Es gibt da auch nicht gute Russen, böse Ukrainer oder umgekehrt. Wenn es Menschen schlecht geht oder sie – wie aktuell – flüchten, sollte man ihnen natürlich helfen. Die Hauptursache an der ganzen Situation liegt, wie gesagt, an der Politik und den Interessenkonflikten. Der Grossteil aus meinem Umfeld, wie auch ich, sehen die NATO-Osterweiterung und die Unterdrückung seitens der Ukrainer gegen eine russische Minderheit in der Ostukraine als Hauptursache der momentanen Eskalation. Ich sage aber auch, dass ein Konflikt nie mit Waffengewalt gelöst werden sollte. Es wurde jedoch seitens der USA, der EU bzw. Deutschland alles darangesetzt, dass dieser Konflikt irgendwann eskalieren musste. Sich jetzt in alter Westmanier selbstgerecht nach hinten zu lehnen und zu sagen, «wir sind die Guten», ist mir persönlich zu einfach.

*Was müsste vonseiten der Gesellschaft kommen? Wie müssten sich die Bürger verhalten?*

Die sehr naive Kriegsrhetorik aus Politik und Medien verallgemeinernd gegen «Russien» hatte leider auch zur Folge, dass viele unschuldige Russen in Deutschland pauschal diskriminiert, angefeindet oder gar angegriffen wurden. Das nicht nur von Ukrainern, sondern es gab auch viele «Solidaritätsangriffe» gegen Russen von deutschen Bürgerinnen und Bürgern. Dabei war diese Volksgruppe der Gutmenschen nicht ein einziges Mal in Russland, geschweige denn in der Ukraine oder kennt sich in der Ostpolitik aus, um sich ein objektives Urteil erlauben zu können. Stattdessen zerrren sie ihr einseitiges Wissen aus der Tagesschau oder der BILD-Zeitung und meinen, die Welt zu kennen und, noch schlimmer, sich als Richter aufzuspielen.

Des weiteren sollte der Dialog wieder mehr im Vordergrund stehen. Nicht jeder, der Russisch spricht, die deutsche Aussenpolitik gegen Russland oder Waffenlieferungen in die Ukraine infrage stellt, ist automatisch ein «Putinverstehler» oder wird vom Kreml bezahlt. Häufig sind es Menschen, die beide Seiten kennengelernt haben oder das Ganze einfach mehr hinterfragen und dadurch die Dinge differenzierter sehen. Ich würde mir wünschen, dass wir uns wieder mehr aktiv in die Friedensbewegung einbringen und mehr miteinander statt übereinander reden – das gilt für alle Nationen.

*Titelbild: Bautzner Friedenspreis*

*Über Marco Henrichs: U.a. 2016 – 2021 Trainer im russischen Schwimmsport und Athletiktrainer, ehemaliger Triathlet und Extremschwimmer sowie Autor, Mitglied im Deutsch-Russischen Forum e.V.*

*Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86860>*

## **Die EU hat sich sowjetisiert**

*Von Peter Haisenko , AUGUST 12, 2022*

Schon von Beginn an habe ich mich über Titel für EU-Funktionsträger gewundert. «Kommissare» kannte ich nur aus dem Sowjetreich. Im Lauf der Zeit wurde immer deutlicher sichtbar, dass EU-Posten genauso undemokratisch vergeben werden, wie die Besetzung des Moskauer Politbüros. Das Sanktionsregime gegen Russland bringt jetzt die EU in dieselbe Lage, wie die einst sanktionierte UdSSR, mit dem Unterschied, dass die EU diese Sanktionen gegen sich selbst verhängt.

Die Bürger des Ostblocks wussten es: Wer einen Zipfel der Wahrheit erhaschen wollte, musste zwischen den Zeilen der offiziellen Medien lesen. Es gab nur offizielle Medien. Bezeichnenderweise nannte sich die führende Zeitschrift «Prawda», was auf Deutsch «Die Wahrheit» heisst. Gäbe es im Westen nicht das Internet, in dem man sich alternativ informieren kann, dann wären wir schon längst im medialen Zustand der Sowjetunion. Alle etablierten Medien sind zu Sprachrohren der Regierungen verkommen. Allerdings läuft seit geraumer Zeit der Versuch, die unabhängigen Internetmedien unter Kontrolle zu bekommen und wenn möglich ganz abzuschalten oder wenigstens kritische Beiträge zu löschen.

Seit einigen Jahren gibt es ein neues Instrument. Die sogenannten «Faktenchecker», die man auch als Wahrheitsministerium bezeichnen könnte. In ihrem Gehabe unterscheiden die sich nicht von der «Prawda», denn auch hier wird einfach behauptet, was Faktenchecker sagen, ist die reine und ultimative Wahrheit und die darf nicht hinterfragt werden. Gleichzeitig werden uns von diesen Monopolmedien Informationen vorenthalten, von denen die Regierung nicht will, dass wir es erfahren. Ich meine damit zum Beispiel die Nicht-Berichterstattung über teils riesige Demonstrationen, die in unseren Nachbarländern die politische Landschaft erschüttern. Es könnte ja zur Nachahmung anregen. So behaupte ich, im Bereich der Medien befinden wir uns bereits auf dem Niveau der ehemaligen Sowjetunion. Aber das ist heute nicht mein Hauptthema.

### **Wie wäre die Entwicklung der Sowjetunion ohne Embargos verlaufen?**

Wir können nicht mehr als darüber spekulieren, wie die Entwicklung der UdSSR verlaufen wäre, wenn der Westen nicht andauernd Sanktionen und Embargos gegen sie verhängt hätte; wenn es einen ungehinderten Handel und Zugang zu westlicher Technologie gegeben hätte. Allerdings gibt es da ein Parallelbeispiel. China. Obwohl China das einzige Reich ist, das bereits seit 5000 Jahren alle Stürme überdauert hat, hat der Westen in seiner Hybris China für restlos verblödet gehalten. Man hat einfach nicht glauben wollen, dass dort eine Entwicklung möglich wäre, die dem Westen Paroli bieten kann. So hat man mit Beginn der 1970er Jahre angefangen, Produktion nach China zu verlegen, inklusive der zugehörigen Technologie. Das rückständige kommunistische China ist so zum Wirtschaftsführer der Welt geworden. Wäre eine ähnliche Entwicklung für die Sowjetunion denkbar, wenn man den Zugang zu Handel und Technologie zugelassen hätte, wie in China? Wir werden es nie erfahren können.

Für China gilt also der alte Spruch des kommunistischen Reichs: «Die Kapitalisten werden uns die Schaufeln liefern, mit denen wir ihr Grab ausheben.» Wir sehen aber auch, wie wirksam Embargos und Sanktionen die Entwicklung von Staaten beeinflussen können. Die Sowjetunion wurde vom Westen immer in einem Zustand gehalten zwischen Untergang und knappem Überleben. Die Sowjetunion konnte sich dagegen nicht wehren. Zudem hat die aggressive Rüstungspolitik der USA die UdSSR gezwungen, übergrosse Mittel für die Rüstung aufzuwenden. Das blieb dem 1,5-Milliardenvolk der Chinesen erspart und trug so zur positiven Entwicklung des Landes bei. Und jetzt blicken wir auf den aktuellen Zustand Europas und hier insbesondere auf den Deutschlands.

### **Sanktionen gegen uns selbst**

Die europäische Wirtschaft befindet sich wegen Sanktionen am Rand des Untergangs, so, wie es der Sowjetunion über Jahrzehnte ergangen ist. Der Unterschied ist aber, dass Europa selbst diese Sanktionen verhängt hat. Oder darf man schon fast lachen, weil es kein Unterschied ist? Wieder ist es Europa, oder besser Amerika, die für diese Sanktionen verantwortlich zeichnen. Sanktionen, die das Ziel haben, die Wirtschaft Russlands zu zerstören. Aber es ist doch ein Unterschied, denn die Sanktionen gegen Russland wirken diesmal «rückwärts». Europa, Deutschland, sanktionieren sich gerade selbst. Man kann also sagen, Europa sowjetisiert sich in dem Sinn, dass seine Wirtschaft wie die der Sowjetunion durch Sanktionen massiv gestört wird. Oder ist es doch kein wirklicher Unterschied, denn es sind wieder die USA, die diese Sanktionen durchdrücken?

Ist es vielleicht sogar so, dass die USA diesmal Deutschland und Russland zerstören wollen, um sich der gesamten eurasischen Konkurrenz zu entledigen? So, wie es die Engländer schon seit 150 Jahren mit zwei Weltkriegen versucht haben? Muss man in diesem Sinn den «Brexit» neu bewerten? Und dazu die Aggression gegen China? Aber die Sowjetisierung Europas hört damit nicht auf. Sowjetisierung in dem Sinn, dass sich Deutschland mit Volldampf in Richtung Sozialismus bewegt. Und auf der anderen Seite in einer Mangelwirtschaft angekommen ist, die nicht nur Energierationierungen vorsieht, die es nicht einmal in der Sowjetunion gegeben hat. Aber die Sowjetunion hat sich auch nie selbst sanktioniert.

### **Auf dem Weg in den Sozialismus**

Mit Corona wurden alle alten Wirtschaftsregeln geschleift. Man verbot Menschen zu arbeiten, gab ihnen aber dennoch Geld zum Überleben. Einfach so. Jetzt, mit den galoppierenden Energiepreisen und der allgemeinen Inflation wird ebenfalls Geld einfach ausgeschüttet, und zwar vornehmlich an die unteren Einkommensgruppen. Wer sowieso schon auf Sozialhilfeniveau ist, muss sich über Energiepreise keine Sorgen machen. Der Staat bezahlt die Wohnung sowieso und die Heizkosten auch, egal, wie hoch sie sind. Es gibt einen Mindestlohn und das ist eines der angeblich reichsten Länder unwürdig.

Es ist vielmehr so, dass mit dem Mindestlohn in sozialistischer Weise eine Klasse geschaffen worden ist, der man nur ein Leben gestattet mit einem Einkommen, das zu wenig zum Leben ist und zu viel zum Sterben und der Staat bestimmt darüber. Zudem wird bereits eine Einheitsrente für die Niedriglöhner etabliert, die unabhängig ist von dem, was früher die Rentenhöhe bestimmt hat. Eben weil dieses Mindestlohnniveau nicht ausreicht, sich eine ordentliche Rente zu erarbeiten. Gleichzeitig sollen Milliarden Steuergelder an Energiekonzerne fließen, die als Kriegsgewinnler sowieso schon Übergewinne verzeichnen.

Woher das ganze Geld kommen soll? Wen interessiert das schon und da denke ich auch an die Bankenretungen des letzten Jahrzehnts. So ist es schon wie im schlimmsten Kommunismus. Ein Heer von Arbeitern wird marginal entlohnt und die Nomenklatura, die heute Manager und Politiker genannt wird, mästet sich selbst am Reichtum, der von Billiglöhnern im Schweisse ihres Angesichts erarbeitet wird. Mir fällt es schwer, da noch einen Unterschied zu den Zuständen in der Sowjetunion zu sehen. Gleichzeitig ist ein Überwachungssystem etabliert worden, das dem der Stasi oder des KGB gnadenlos überlegen ist. Auch das wird von Oligarchen, pardon, Inhabern von Grosskonzernen kontrolliert. Das ist die westliche Nomenklatura.

### Wie kommen wir zurück zu echter Demokratie?

Demokratie? Auf dem Papier ja, aber... Wie in der Sowjetunion können wir nur Parteilisten wählen, die vorher ganz undemokratisch ausgekungelt worden sind. Den Bundespräsidenten dürfen nur wenige Ausgewählte «wählen». Volksentscheide? Nicht auf Bundesebene. Das ist also unsere geheiligte Demokratie, die gerade in der grundkorrupten Ukraine verteidigt werden soll. Hat uns da jemand gefragt, ob wir Kriegspartei werden wollten? Wenn bei einer Umfrage ermittelt wird, dass mehr als 70 Prozent den «Gendersprech» im ÖRR nicht wollen, machen sie es trotzdem. Eine Mehrheit will den Weiterbetrieb von Kernkraftwerken und die Inbetriebnahme von Nordstream 2. Wen interessiert's? Wir werden umerzogen, wie zu besten Zeiten Stalins. Wer aufmuckt, wird zwar nicht erschossen, aber ins soziale Abseits verbannt. Diese «Demokratie» soll also verteidigt werden?

Die Länder des Ostblocks standen unter der Fuchtel Moskaus. Wir müssen uns dem Willen Washingtons beugen. Die Paladine Washingtons sitzen in allen westlichen Regierungen, diejenigen Moskaus schon lange nicht mehr in den ehemaligen Ostblockstaaten. Die Verhältnisse haben sich umgekehrt. Wenn ich heute etwas Ähnliches wie Demokratie sehen kann, dann in Russland, Weissrussland oder Ungarn. Dort achten die Regierungen den Volkswillen in dem Masse, dass sie mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt werden.

Bei uns hingegen rufen Parteien schon «Sieg», wenn sie keine 25 Prozent der Wählerstimmen ergattern konnten. Niemand hat diese Regierungen wirklich gewählt, die sich in unmöglichen Koalitionen ins Amt geschlichen haben. So hat sich Russland erfolgreich entsowjetisiert, während sich Europa, Deutschland, sowjetisiert hat. Aus diesem Schlamassel werden wir aus eigener Kraft nicht entkommen können. Meine Hoffnung ist folglich, dass es Russland mit seiner Ukraineoperation ist, das uns letztlich hilft, nach einer Katharsis in die Freiheit zurückzufinden; dass der Weg in sowjetische Verhältnisse gestoppt und umgekehrt wird; dass nicht mehr von nichtgewählten Kommissaren und Lobbyisten über unser Leben bestimmt wird; dass wir wieder echte Demokratie und Souveränität erleben dürfen, die es zur Zeit bei uns nicht mehr gibt.

Quelle : <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/die-eu-hat-sich-sowjetisiert/>

Lieber Billy

Vielen Dank, dass Du zu dem Ukrainekrieg was geschrieben hast, auch Dank an Bermunda. Könntest du bitte zu dem Ukrainekrieg auch schreiben, dass es einen Völkermord in der Ukraine gibt. Dass es eine grosse Anzahl von Faschisten gibt, die in verschiedenen Städten morden und vergewaltigen. Ein Verbrechen und Greuelthaten in Donbas usw. anrichten. Menschen aus den Gebieten berichten, dass sie seit Tagen von ihren eigenen Leuten bombardiert werden und nicht, wie die Medien berichten, dass es russische Streitkräfte seien. Ein Krieg ist nie eine Rechtfertigung, was Putin macht, aber einerseits musste er handeln und den Menschen zur Hilfe kommen, die sonst von den Faschisten systematisch ermordet werden. Dieser Zustand geht schon seit 8 Jahren und niemand in der westlichen Welt hat in der Zeit etwas dagegen getan, geschweige angeprangert, was wirklich für ein Verbrechen an Minderheiten in der Ukraine geschieht.

Wie siehst du die weitere Zukunft und Entwicklung in der Ukraine? Wie soll es da weitergehen, falls Russland den Krieg gewinnt? Die Menschen dort werden doch nicht eine Marionettenregierung von Russland akzeptieren.

Dann muss ich sagen, dass Selenskyj Drogen nimmt. Besonders in den letzten Tagen aufgeputscht. Man sieht es an seinem verwirrten Blick und den erweiterten Pupillen.

Mit freundlichen Grüssen

B.

**Gesendet:** Freitag, 10. Juni 2022 um 12:12 Uhr

**Von:** "Stefan A."

**An:** "Stefan"

**Betreff:** Neutrality and Peace

[English Translation below]

Sehr geehrte Damen und Herren EU-Abgeordnete,

bezüglich des Konfliktes zwischen den meisten EU-Länderregierungen und der Ukraineregierung mit Russland gilt es zu beachten:

Frieden kann erst entstehen und der Krieg in der Ukraine kann nur dann deeskalieren, wenn Sie sich als Verantwortliche Ihrer geopolitischen Lage bewusst werden und Neutralität ausüben. Neutralität ist der Schlüssel, damit Sie sich aus den Fängen, von den Einflussnahmen, Erpressungen und Konflikten von Grossmächten, seien es die U.S.A. oder Russland, befreien.

Doch was bedeutet Neutralität?

Definition 1:

«Neutralität bedeutet: Sich unter allen Umständen und in jedem Fall immer aus allem und jedem herauszuhalten, was fremdbestimmt ist. Eine Einmischung darf nur dann erfolgen, und zwar absolut nur in schlichtender Ratgebung sowie vermittelnder Art und Weise, wenn die einen oder anderen Kontrahenten dies wünschen. Mehr liegt bei einer Neutralität nicht drin, folgedem diese unter allen Umständen bis zum Schlusspunkt politisch oder privat vollumfänglich sowie absolut eingehalten werden muss, wie auch jede Beteiligung irgendwelcher Massnahmenformen usw. fremder Politik und Privat niemals zur Übernahme und Anwendung berechtigen.»

Quelle: [https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu\\_kontaktbericht\\_806.pdf#page=3](https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu_kontaktbericht_806.pdf#page=3)

Definition 2:

«Neutralität in bezug auf einen neutralen Staat umfasst politisch nicht nur das Militärische, sondern alles, so auch alles und jedes in wirtschaftlicher Hinsicht, und zwar ohne WENN und ABER. Neutralität umfasst alles und jedes derart, dass in jedem Fall nichts anders erfolgt, als eine klare Sachbeurteilung gegebener Fakten. Dies bedarf aber einer klaren Nüchternheit der Beobachtung und Wahrnehmung, gemäss deren dann das Resultat ein unabdingbares Moment von kritischem Denken abgibt, demgemäss eine gerechte Beurteilung erfolgt, resp. eine sachgemässe, richtige und gerechte Beurteilung der gegebenen Fakten, die auch eine nachträgliche völlig neutrale Handlungs- und Verhaltensweise bedingt, folge deren jede Form von Parteilichkeit ausgeschlossen ist. Dabei jedoch ist schon das Notwendige getan, nämlich dass Klarheit herrscht darüber, was des Rechtens und was des Unrechens ist, was dann nur durch das Wort der Wahrheit gemäss vertreten werden und u.U. – bei Streit oder Krieg usw. – der einen und/oder anderen Partei unparteiisch zu erklären versucht werden kann. Mehr aber darf nicht sein, denn das würde die Neutralität verletzen und nichtig machen, weil nämlich – insbesondere politisch – Neutralität in jeder Beziehung Gültigkeit hat und keinerlei Abweichungen irgendwelcher Art erlaubt.

(...)

Wenn ein Mensch oder Land neutral ist, bedeutet das, dass sich der Mensch oder das Land, und zwar egal welcher politischen Art es auch ist, nicht in Kriege und andere Angelegenheiten anderer Länder einmischt, und zwar auch nicht in wirtschaftliche usw., und natürlich sich an Aktionen jeder Art gegen kriegsführende andere Länder nicht beteiligt. Und dies ist von alters her so, und dies allein bedeutet Neutralität, die einer Meinungs-Nüchternheit, Objektivität, Unparteilichkeit sowie Sachlichkeit in jeder Beziehung entspricht. Das bedeutet, dass auch keine Sanktionen usw. gegen andere Staaten ergriffen werden dürfen, und zwar ganz gleich, ob diese einen Krieg führen oder anderweitige Händel mit anderen Staaten haben oder nicht. Es bedeutet aber auch für den einzelnen Menschen, dass nicht irgendwelche Lügen, Beschimpfungen und Betrügereien gegen den Nächsten erhoben, Gewalt jeder Art ausgeübt und Schaden oder Zerstörung usw. angerichtet werden soll.»

Quelle: [https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu\\_kontaktbericht\\_799.pdf#page=14](https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu_kontaktbericht_799.pdf#page=14)

Somit obliegt Ihnen als Verantwortliche die Aufgabe, Fakten und Geschehnisse nur objektiv zu erkennen und zu beurteilen, ob sie falsch oder richtig sind. Diese Tatsachen und Beurteilungen dürfen Sie den Regierungen erklären, solange eine der Regierungen dies so will.

Mit freundlichen Grüssen,  
Stefan A.  
Deutschland

[English Translation]

Ladies and Gentlemen of the European Parliament,  
With regard to the conflict between most EU governments and the Ukrainian government with Russia, it is important to bear in mind:

Peace can only come about and the war in Ukraine can only de-escalate if you, as those responsible, become aware of your geopolitical situation and exercise neutrality. Neutrality is the key to freeing yourself from the clutches, influence, blackmail and conflicts of great powers, be it the U.S.A. or Russia.  
But what does neutrality mean?

Definition 1:

"Neutrality means: to always keep out of anything and everything that is externally determined under all circumstances and in all cases. Interference may only take place, and absolutely only in a conciliatory advisory and mediatory manner, if one or other of the opposing parties so desires. More is not possible with neutrality, which must be fully and absolutely adhered to under all circumstances, politically or privately, up to the final point, as well as any participation in any form of measures, etc., of foreign politics and the private sector, never entitle them to be adopted and applied."

Source: [https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu\\_kontaktbericht\\_806.pdf#page=3](https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu_kontaktbericht_806.pdf#page=3)

Definition 2:

"Neutrality in relation to a neutral state includes politically not only the military, but everything, so also everything and anything in economic terms, and that without IF and BUT. Neutrality encompasses everything and anything in such a way that in every case nothing else takes place than a clear factual assessment of given facts. This, however, requires a clear soberness of observation and perception, according to which the result then provides an indispensable moment of critical thinking, according to which a just judgement takes place, respectively a proper, correct and just judgement of the given facts, which also requires a subsequent completely neutral way of acting and behaving, as a result of which any form of partiality is excluded. However, the necessary has already been done, namely that there is clarity about what is right and what is wrong, which can then only be represented by the word of truth and possibly – in the case of dispute or war etc. – be tried to explain impartially to one and/or the other party. More, however, is not allowed, because that would violate neutrality and make it null and void, because - especially politically - neutrality is valid in every respect and does not allow any deviations of any kind.

(...)

If a person or a country is neutral, this means that the person or the country, regardless of its political nature, does not interfere in wars and other affairs of other countries, including economic ones, etc., and of course does not take part in actions of any kind against warring other countries. And this has been the case from time immemorial, and this alone means neutrality, which corresponds to soberness of opinion, objectivity, impartiality as well as objectivity in every respect. This also means that no sanctions etc. may be taken against other states, regardless of whether or not they are waging war or have other dealings with other states. However, it also means for the individual that no lies, insults and deceit should be levied against one's neighbour, violence of any kind should be exercised and damage or destruction etc. should be caused."

Source: [https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu\\_kontaktbericht\\_799.pdf#page=14](https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu_kontaktbericht_799.pdf#page=14)

Thus, it is incumbent upon you, as the person in charge, to recognise facts and events only objectively and to judge whether they are wrong or right. You may explain these facts and assessments to the governments as long as one of the governments so wishes.

With kind regards,  
Stefan A.

Offensichtlich sind die E-Post-Nachrichten angekommen, da ich einige automatische Rückantworten (z.B. Abwesenheit) von einigen EU-Abgeordneten erhielt.

Salome, Lieber Gruss  
Stefan

## Architect of the Capitol

### Die einzige «nationale Sicherheit», die notwendig ist, ist die Abschaffung des «nationalen Sicherheitsstaates»

*uncut-news.ch, August 16, 2022*

«Ich fürchte aus eigener Erfahrung, dass der Faschismus im Namen der nationalen Sicherheit nach Amerika kommen wird.» – Jim Garrison

«Nationale Sicherheit» ist nur der Vorwand für jede erdenkliche Form von Tyrannei, Totalitarismus, Zerstörung der Privatsphäre, Missbrauch von Freiheiten, Aggression, Terror und Krieg. Jedes Mal, wenn ich diesen trügerischen und niederträchtigen Begriff höre, erschauere ich, weil ich weiss, dass Lügen, Betrug und Schrecken am Horizont auftauchen. Er basiert vollständig auf falscher Angst; Angst, die in die Köpfe der Menschen gepflanzt wird, um sie zu zwingen (anzustacheln), zur Regierung und zum Staat zu rennen, um Schutz vor erfundenen Feinden zu suchen. Es ist das Hauptargument des Staates, wenn zusätzliche Kontrolle angestrebt wird, und es hat fast jedes Mal funktioniert, wenn es versucht wurde. Es ist derzeit die Hauptstütze dieses faschistischen Staates namens Amerika, und es ist immer noch wirksam. Der Begriff «nationale Sicherheit» ist nichts anderes als reine Propaganda, die auf ungerechtfertigter Angstmacherei beruht.



Man muss sich fragen, wie der Begriff «nationale Sicherheit» angesichts der Tatsache, dass dieses Land noch nie von einem ausländischen Aggressorstaat auf seinem eigenen Boden angegriffen wurde, jemals zur Standardbegründung für jeden einzelnen aggressiven Krieg wurde, den diese Regierung gegen Länder auf der ganzen Welt führt. Es wurden nicht nur Kriege gegen andere unschuldige Länder geführt, sondern Aggressionen im Namen der nationalen Sicherheit wurden fast ständig gegen die amerikanische Bevölkerung gerichtet, sei es im Falle von gewünschten Kriegen, Katastrophen, «Pandemien», vorgetäuschten «Klimawandel»-Risiken, Notfällen auf Bundes- und Landesebene und einer Reihe anderer betrügerischer Mittel zur Kontrolle.

Bevor Briefe bei mir eintrudeln, in denen behauptet wird, dass der Untergang der Lusitania, der Angriff auf Pearl Harbor, die falsche Flagge im Golf von Tonkin und der Insider-Job vom 11. September 2001 reine Aggressionsakte von Aussenstehenden gewesen seien, lassen Sie bitte von solchem Unsinn ab. Sie alle, und noch viele mehr, wurden inszeniert und führten zu grossen Angriffskriegen der USA gegen mehrere fremde Länder, die nichts mit einem Angriff auf Amerika zu tun hatten. In diesem Prozess wurde die Freiheit zerstört. Darüber haben viele Wissenschaftler jahrzehntelang geschrieben, und es wurden zahlreiche Beweise vorgelegt. Wie ich immer wieder festgestellt habe, haben die Vereinigten Staaten viele andere Länder sowie Amerikaner selbst aggressiv angegriffen und 93% (meiner Einschätzung nach eine Untertreibung) ihrer gesamten Geschichte lang Angriffskriege gegen Länder geführt, die dieses Land nie angegriffen haben oder eine Bedrohung für es darstellten; alles unter dem Vorwand der «nationalen Sicherheit».

In diesem Bestreben wurde der riesige nationale Sicherheitsstaat der USA auf dem Blut und dem Eigentum jedes amerikanischen Bürgers aufgebaut und ist zu einem bürokratischen Ungetüm herangewachsen, wie es in früheren Zeiten unvorstellbar war. Die Militärausgaben der USA sind so hoch wie die der übrigen Welt zusammen und übertreffen jedes andere Land der Erde um ein Vielfaches. Man sollte meinen, dass dieser Wahnsinn garantieren würde, dass die USA das mächtigste Militär und die ausgefeiltesten militärischen Waffen haben, aber das ist wahrscheinlich in keiner Weise zutreffend, da viele kriminelle Unternehmen, Politiker, ausländische Staatsoberhäupter und Auftragnehmer sich durch diese lächerlichen Ausgaben bereichern und Verschwendung und Betrug im Grunde unberechenbar sind. Natürlich ist dies alles beabsichtigt, da diejenigen, die die Regierung und die politischen Führer kontrollieren, immer von ihren abhängigen Schachfiguren in der Regierung bezahlt und geschützt werden.

Der Gesamthaushalt des Staates für die nationale Sicherheit belief sich Anfang 2019 auf über 1,25 Billionen Dollar und ist seither exponentiell gestiegen. Allein die zugewiesenen Militärausgaben sind in den letzten

drei Jahren um über eine Viertel Billion Dollar gestiegen. Erst in den letzten Tagen wurden die Ausgaben der IRS um 80 Milliarden Dollar erhöht, um 87'000 neue Agenten einzustellen; 70'000 von ihnen sind bewaffnet und bereit, tödliche Gewalt gegen amerikanische Bürger anzuwenden. Dient dies der «nationalen Sicherheit» oder soll damit jeder kontrolliert werden, der sich gegen die Regierung ausspricht? Offensichtlich hat es nichts mit dem Eintreiben von Steuern zu tun, denn dieses Land drückt durch seine grausamen Zentralbanken so viel Geld, wie es will. Ein neues militarisiertes Finanzamt kann nichts anderes sein als ein abscheulicher und mörderischer Arm der herrschenden Klasse, der dazu dient, die Schafe auf Linie zu halten und diejenigen, die die Wahrheit sagen sowie Andersdenkende mit brutaler Waffengewalt zu unterdrücken.

Private Selbstverteidigung ist in dieser Welt, in der wir leben, immer notwendig, aber die nationale Verteidigung durch ein staatlich kontrolliertes Militär- und «Staatssicherheitssystem» ist immer dazu gedacht, die Massen durch extreme tyrannische Massnahmen unter dem Deckmantel des Schutzes der unglücklichen und hilflosen Bürger zu beherrschen. Es dient niemals der tatsächlichen Verteidigung, da jede Regierung auf einer brutalen und gewaltsamen offensiven Kontrolle ihrer Untertanen beruht. Solange die Menschen in diesem Land weiterhin freiwillig die Existenz eines solch mächtigen Staates zulassen, werden alle in die Position der garantierten Sklaverei zurückversetzt werden. Ist es angesichts dessen verwunderlich, was seit Anfang 2020 geschehen ist? Und wie kann ein denkender Mensch nicht begreifen, dass diese extreme Tyrannei des Staates nicht nur lange im Voraus geplant war, sondern auch vollständig und absichtlich offengelegt wurde? Die Warnungen waren offensichtlich, aber nur sehr wenige hörten zu oder beachteten die Zeichen, die gegeben wurden, und sassen untätig in einem Pool der Gleichgültigkeit, während der Untergang dieses Landes Gestalt annahm.

Betrachtet man all das Geld und die Ressourcen, die vom Staat selbst und zu dessen Gunsten entnommen werden, bleibt wenig für andere Zwecke übrig. Der Staat saugt einfach die gesamte Produktion seiner Untertanen durch Besteuerung und Gelddrucken der Zentralbank ab, und in diesem Prozess kommt es zu einer inhärenten Inflation. Dies wird durch Diebstahl, extreme Täuschung und Propaganda erreicht und zerstört die Psyche des Einzelnen, so dass nur noch eine kollektive Masse nichtdenkender Bürger übrig bleibt, die in einem Nebel der Unwissenheit versinkt.

Die Regierung verbraucht auf die eine oder andere Weise fast die gesamte Energie der Bevölkerung. Bürokratien gibt es in Hülle und Fülle, und der Vollstreckungsarm der Regierung hat inzwischen ein extremes Ausmass erreicht: Polizei, Staats- und Bundesmilitär, CIA, FBI, NSA, IRS und Hunderte anderer Vollstreckungs- und restriktiver Regulierungsbehörden gibt es zuhauf. Praktisch alles, jede Bewegung, jede Kommunikation, jede Handlung des Einzelnen wird auf die eine oder andere Weise als Begründung für die Überwachung des Volkes herangezogen. Die Regierung und der Staatsapparat kümmern sich nicht um ihre Bürger, sondern freuen sich über die Möglichkeit, sie zu kontrollieren. Das ist das Wesen des Staates, und deshalb muss der Staat abgeschafft werden, wenn man Freiheit will.

Wenn es gelingt, den sogenannten «nationalen Sicherheitsdienst» des Staates abzuschaffen oder handlungsunfähig zu machen, wird die Macht der Regierung, die Massen zu überwachen und zu kontrollieren, stark beschnitten, was mehr Freiheit und weniger Einschränkungen ermöglicht. Das ist ein wichtiger erster Schritt, aber damit dieser abscheuliche Sicherheitsstaat kastriert werden kann, müssen wir als Individuen aufhören, uns auf die Schutzversprechen der Regierung zu verlassen, als Individuen massenhaft auf eigenen Füßen stehen und die gesamte Vorstellung eines «nationalen Sicherheitsstaates» zerstören.

Es wurde gesagt, und ich stimme dem zu: Wenn die USA untergehen, geht auch die Welt unter. Wenn nichts unternommen wird, um diesen Angriff auf die Amerikaner und den Rest der Welt zu stoppen, muss man sich auf mehr Krieg gefasst machen; wahrscheinlich auf einen grossen, weltweiten Krieg mit atomar bewaffneten Nationen. Seien Sie auf mehr Tyrannei und mehr Gemetzel gefasst. Dies alles wird absichtlich geschehen und dazu beitragen, einen grossen Teil der Menschheit auszulöschen, wie es vom Staat angestrebt wird, während sich die herrschenden Eliten bequem zurücklehnen und zusehen, wie die Zivilbevölkerung als Futter für die Agenda der Weltregierung und eines weltweiten «Sicherheitsstaates» benutzt wird.

Freiheit und legitime nationale Sicherheit sind ein und dasselbe, während der so genannte Staat und sein falsches Versprechen von nationaler Sicherheit Aggression, Einschränkung und Regulierung, faschistische Kontrolle, Mord und Sklaverei bedeuten. Um die Freiheit wiederzuerlangen, muss die Abschaffung der Regierung und ihres nationalen Sicherheitsstaates erreicht werden.

«Die Worte «national» und «Sicherheit» sind wie Grundstoffe für eine binäre chemische Waffe: Für sich genommen nicht übermässig gefährlich, aber in der Lage, das Gehirn und das Nervensystem vollständig auszuschalten, wenn sie in Kombination verwendet werden.» – John Alejandro King alias The Covert Comic

QUELLE: THE ONLY 'NATIONAL SECURITY' NECESSARY IS THE ELIMINATION OF THE 'NATIONAL SECURITY STATE'  
ÜBERSETZUNG: AXEL

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-einzige-nationale-sicherheit-die-notwendig-ist-ist-die-abschaffung-des-nationalen-sicherheitsstaates/>



Anmerkung: Die Anschläge vom 11. September 2011 waren laut den Kontaktberichten nicht von den USA selbst inszeniert, sondern tatsächlich Terroranschläge von Aussenstehenden. Allerdings waren sie sozusagen die Quittung für den jahrzehntelangen Terror der USA gegen die islamische Welt.

## Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

**Autokleber**

**Grössen der Kleber:**

120x120 mm = CHF 3.–  
 250x250 mm = CHF 6.–  
 300x300 mm = CHF 12.–

**Bestellen gegen Vorauszahlung:**

**FIGU**  
 Hinterschmidrüti 1225  
 8495 Schmidrüti  
 Schweiz

**E-Mail, WEB, Tel.:**

info@figu.org  
 www.figu.org  
 Tel. 052 385 13 10  
 Fax 052 385 42 89

**IMPRESSUM**

**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

**Druck und Verlag:** FIGU Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
**Redaktion:** BEAM «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
 Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89  
**Wird auch im Internet veröffentlicht**  
 Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

**Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,**

8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3  
 IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** info@figu.org

**Internetz:** www.figu.org

**FIGU-Shop:** http://shop.figu.org



© FIGU 2022

Einige Rechte vorbehalten.

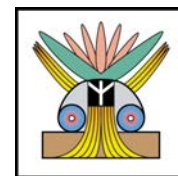
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

**Frieden**

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.  
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz